

## GI Leitsätze

### **Fristversäumnis – Anwaltsverschulden – falsche Auskunft des Gerichts**

Beantragt die mit der Vertretung im Berufungszug beantragte Anwältin in einer Sache, die nach der Neuordnung der ordentlichen Gerichtsbarkeit in einem neuen Bundesland vor das Oberlandesgericht gehört, beim Landgericht Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist und erhält sie daraufhin von einer Geschäftsstellenbediensteten des Landgerichts fälschlich die Auskunft, die Frist sei von der Berufungskammer verlängert worden, so darf sich die Anwältin nicht auf die Richtigkeit dieser Auskunft verlassen.

(BGH, Beschl. v. 16. 6. 1994 – VZB 12/94)

### **Auskunft des Gerichts/ neue Bundesländer/ telefonische Anlagen**

Auf telefonische Angaben des Gerichts zur Rechtsmittelzuständigkeit, die die Unsicherheit des Auskunftgebenden – hier des Rechtspflegers – über die nach der Umstrukturierung der Gerichtsorganisation in den neuen Bundesländern eingetretenen Änderungen deutlich werden lassen, darf sich der für den rechtzeitigen Zugang des Rechtsmittels verantwortliche rechtskundige Vertreter einer Partei nicht verlassen.

(BGH, Beschl. v. 26. 5. 1994 – III ZB 11/94)

### **Antrag auf Wintergeld/ Fristversäumnis/ Neue Bundesländer**

1. Materiell-rechtliche Ausschußfristen lassen eine Wiedereinsetzung nicht zu. (Hier: § 81 Abs. 3 Satz 2 Arbeitsförderungsgesetz).

2. In den neuen Bundesländern liegen keine besonderen – gegenüber den alten Bundesländern schlechtere – Verhältnisse der Postbeförderung vor. Das Risiko der Übermittlung des Antrags auf Wintergeld liegt auch dort beim Antragsteller.

(Landessozialgericht, Urt. v. 27. 7. 1994 – L 1 [3] Ar 2593)

### **Klagefrist/Vollmacht für Einspruchsverfahren/Sicherung des Mandantenwillens**

Der Steuerberater muß sicherstellen, daß der Mandant gegen eine negative Einspruchsentscheidung Klage erheben kann, wenn konkrete Anhaltspunkte für einen entsprechenden Willen ersichtlich sind: Die Einspruchsentscheidung muß per Einschreiben mit Rückschein versandt werden, damit deren Zugang gesichert ist oder der Steuerberater muß unter Hinweis auf den Ablauf der Klagefrist beim Mandanten anfragen, ob Klage zugegangen ist.

(FG Berlin, Urt. v. 7. 6. 1993 – VIII 344/91)

### **Empfangsbevollmächtigter/ Bekanntgabe von Bescheiden/ § 183 AO**

Ein (Feststellungs-) Bescheid ist solange einem von den Beteiligten bekannten gemeinsamen Empfangsbevollmächtigten bekanntzugeben, bis die Empfangsbevollmächtigung von den Beteiligten widerrufen bzw. ein neuer Empfangsbevollmächtigter benannt wird.

(FG Bremen, Urt. v. 15. 6. 1994 – 1 93 218 K 6 – rkr. – Lexinform 0109725, Steuer-Telex 4726)

## Fristversäumnis

- Ausgangskontrolle
  - Unterschriftskontrolle
  - Zentrale Ausgangskontrolle?
- (BGH, Beschl. v. 27. 9. 1994 – XI ZB 9/94)

### Leitsatz:

**Die erforderliche Ausgangskontrolle in einer Anwaltskanzlei muß nicht zentral, sondern kann auch dezentral erfolgen.**

### Aus den Gründen:

.....

#### II.

Die nach §§ 238 Abs. 2, 519 b Abs. 2, 547 ZPO statthafte sofortige Beschwerde ist zulässig und begründet.

1. Nicht zu beanstanden ist allerdings die Ansicht des Berufungsgerichts, der Beklagte habe die Berufungsfrist nicht eingehalten. Nach §§ 518 Abs. 4, 130 Nr. 6 ZPO ist **Wirksamkeitsvoraussetzung jeder Berufung die eigenhändige Unterschrift eines beim Berufungsgericht zugelassenen Rechtsanwalt** (ständ. Rspr.; vgl. BGH, Urt. v. 25. 9. 1979 – VI ZR 79/79, NJW 1980, 291; BGH, Urt. v. 9. 11. 1988 – I ZR 149/87, NJW 1989, 588 jeweils m.w.Nachw.).

Den Beweis einer solchen Unterschrift hat das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei als nicht geführt angesehen. Die in den Handakten der Prozeßbevollmächtigten der Klägerin vorhandene Abschrift weist nach den Bekundungen der Zeugen S. und Dr. P., an deren Richtigkeit auch der Beklagte nicht zweifelt, ebenso wie die in den Gerichtsakten befindliche Berufungsschrift weder eine Unterschrift noch einen Beglaubigungsvermerk auf. Für seine Behauptung, eine weitere, nicht mehr auffindbare Abschrift, die beim Berufungsgericht eingegangen und deren Zustellung an die Prozeßbevollmächtigten der Klägerin verfügt worden ist, sei unterschrieben gewesen, hat der beweisbelastete Beklagte keinen Beweis angetreten. Eine irgendwie geartete Vermutung, daß der Ge-

schäftsstellenbeamte, der die Zustellung von Abschriften verfügt hat, das Fehlen einer Unterschrift bemerkt hätte, gibt es, anders als der Beklagte meint, nicht. Dem Senatsvorsitzenden ist die Berufung ausweislich der Gerichtsakten entgegen der Annahme des Beklagten erst nach Absendung der Abschriften vorgelegt worden.

2. Rechtsfehlerhaft ist dagegen die Ansicht des Berufungsgerichts, das Vorbringen des Beklagten zum Wiedereinsetzungsantrag sei nicht geeignet, ein Verschulden seines Prozeßbevollmächtigten auszuschließen. Die Einreichung einer nicht unterzeichneten Berufung ist hier nur durch ein Büroversehen erklärlich. Dieses ist dem Beklagten erklärlich. Dieses ist dem Beklagten anders als ein Verschulden seines Prozeßbevollmächtigten nicht zuzurechnen (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO).

**Entweder ist die Berufungsschrift seinem Anwalt weisungswidrig nicht vorgelegt und deshalb von ihm nicht unterschrieben worden, oder aber sie ist zwar vorgelegt, von ihm aber versehentlich nicht unterzeichnet worden.** Nur im letztgenannten Fall läge ein Verschulden vor. Dieses hätte aber nicht zur Versäumung der Berufungsfrist geführt, wenn das Büro keinen Schriftsatz ohne Unterschrift hätte hinausgehen lassen. Denn dann wäre die nicht unterschriebene Berufung erneut vorgelegt und die Unterschrift nachgeholt worden. In der Rechtsprechung ist deshalb anerkannt, daß **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden kann, wenn der Prozeßbevollmächtigte sein Büropersonal allgemein angewiesen hat, sämtliche ausgehenden Schriftsätze vor der Absendung auf das Vorhandensein der Unterschrift zu überprüfen** (vgl. BGH, Beschl. v. 30. 10. 1974 – VIII ZR 30/74, VersR 1975, 135, 136; BGH, Beschl. v. 15. 10. 1978 – V ZB 16/78, VersR 1979, 285; BGH, Beschl. v. 12. 12. 1984 – IVb ZB 103/84, NJW 1985, 1226; BGH, Beschl. v. 23. 10. 1986 – VII ZB 8/86, VersR 1987, 383, 384; BAG NJW 1966, 799).

*Eine solche Anweisung seines Prozeßbevollmächtigten an das Büropersonal hat der Beklagte dargelegt und durch eidesstattliche Versicherung der Anwaltssekretärin G. glaubhaft*

gemacht. Danach hat Frau G., die ausweislich des Diktatzeichens „W/G“ die Berufung vom 30.10.1992 geschrieben hat, alle von ihr gefertigten Berufungs- und Berufungsbegründungsschriften dem Prozeßbevollmächtigten des Beklagten gesondert von der übrigen Gerichtspost an seinem Schreibtisch zur Unterschrift vorzulegen und darauf zu achten, daß die Schriftsätze in ihrer Anwesenheit sofort unterschrieben und an sie zurückgegeben werden. Jedes einzelne Schriftstück ist von ihr daraufhin zu überprüfen, ob es die erforderliche Unterschrift des Anwalts trägt. Versehentlich nicht unterzeichnete Stücke sind zur Nachholung der Unterschrift sofort wieder vorzulegen. Kein Schriftsatz darf ohne Kontrolle der Unterschrift an das Berufungsgericht hinausgehen. Angesichts dieses Vorbringens vermißt das Berufungsgericht zu Unrecht Darlegungen darüber, wie die Ausgangskontrolle versehentlich nicht unterzeichneter Schriftsätze stattfindet und daß eine solche Kontrolle auch dann gewährleistet ist, wenn die Unterschrift des Anwalts einmal nicht in Gegenwart der Angestellten G. vollzogen worden ist. **Eine Ausgangskontrolle muß nicht, wie das Berufungsgericht wohl annehmen möchte, zentral erfolgen, sondern kann, wie vom Prozeßbevollmächtigten des Beklagten angeordnet, wirksam auch durch jeweils die Angestellte erfolgen, die den betreffenden Schriftsatz geschrieben und zur Unterzeichnung vorgelegt hat.**

Die Organisation der Ausgangskontrolle weist hier auch keine Lücke auf. Da alle Schriftsätze nach Vorlage zur Unterschrift an die vorlegende Sekretärin zurückzugeben sind und diese darauf zu achten hat, ist es bei Befolgung der erteilten Anweisung entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts ausgeschlossen, daß der Prozeßbevollmächtigte von ihm nicht unterzeichnete Schriftsätze ohne Unterschriftskontrolle durch sein Büro selbst zum Gericht mitnimmt.

Da die Organisation der Ausgangskontrolle durch den Prozeßbevollmächtigten des Beklagten danach den zu stellenden Anforderungen genügt, muß davon ausgegangen werden, daß die Einreichung der nicht unterzeichneten Berufungsschrift nicht auf einem Fehler des

Prozeßbevollmächtigten, sondern auf einem solchen seiner Sekretärin G. beruht. Dem Beklagten war daher unter Aufhebung des angefochtenen Beschlusses Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Frist zur Einlegung der Berufung zu gewähren.

## Organisation der Postannahme

### – notwendige Vorkehrungen

(BGH, Beschl. v. 15. 6. 1994 – IV ZB 6/94)

### Leitsatz:

**Geht die schriftliche Mitteilung über die Niederlegung nach ihrem Einwurf in den Türeinwurfschlitz einer Wohnung verloren, so indiziert die Unkenntnis des Empfängers von der Zustellung allein noch nicht dessen mangelnde Sorgfalt bei der Postannahme.**

.....

### Aus den Gründen:

I. Durch Versäumnisurteil vom 27.5.1993 ist der Beklagte verurteilt worden, insgesamt 164.520 DM Krankentagegeld, das er in der Zeit von Mai bis November 1988 erhalten hatte, an die Klägerin zurückzuzahlen. Dieses Urteil ist dem Beklagten am 30.6.1993 durch Niederlegung zur Post zugestellt worden. Die bei der Poststelle niedergelegte Urteilsausfertigung wurde dort nicht abgefordert; sie befindet sich jetzt wieder bei den Akten.

Am 9.9.1993 hat der Beklagte gegen das Versäumnisurteil Einspruch einlegen lassen und gleichzeitig beantragt, ihm wegen der Versäumung der Einspruchsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Er habe erst am 30.8.1993 durch ein Schreiben der Klägerin von der Klageerhebung und dem Versäumnisurteil Kenntnis erhalten. Weder er noch seine Familie hätten „Zustellungshinweise oder Hinterlegungsnachrichten“ erhalten. Dazu hat er

eine eigene eidesstattliche Versicherung und eine solche seiner Ehefrau vorgelegt. Das Landgericht hat über den Betriebsleiter des Postamts eine Stellungnahme des Postzustellers eingeholt. Durch Beschluß v. 16.12.1993 hat es den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und den Einspruch als unzulässig verworfen. Die dagegen eingelegte sofortige Beschwerde ist durch den nun mit der weiteren sofortigen Beschwerde angefochtenen Beschluß vom Oberlandesgericht zurückgewiesen worden.

Das Oberlandesgericht hat es für ungeklärt, ob der Beklagte nicht doch den Benachrichtigungsschein erhalten habe, da keine Veranlassung bestehe, „den Behauptungen des Beklagten nebst seiner eigenen eidesstattlichen Versicherung und der seiner Ehefrau mehr Glauben zu schenken als den Erklärungen des Zustellungsbeamten“. Das „offene Beweisergebnis“ gehe zu Lasten des Beklagten.

II. Die mit ergänzenden eidesstattlichen Versicherungen versehene weitere sofortige Beschwerde ist zulässig (§§ 577, 568 a ZPO). Sie ist auch begründet. Der Beklagte hat glaubhaft gemacht, ohne sein Verschulden verhindert gewesen zu sein, die Einspruchsfrist einzuhalten (§§ 233, 236, 238 ZPO).

1. Die Einspruchsfrist begann gemäß § 339 Abs. 1 ZPO mit der Zustellung des Versäumnisurteils.

a) Weil die zuzustellende Ausfertigung nicht abgefordert wurde und sich nun bei den Akten befindet, steht allerdings fest, daß der Beklagte sie nicht erhalten und demgemäß vom Erlaß des Urteils trotz Niederlegung keine Kenntnis bekommen hat. Dennoch und ohne Rücksicht auf diese Kenntnis ist die Zustellung gemäß § 182 ZPO in dem Augenblick wirksam vollzogen, in dem das Schriftstück niedergelegt und die schriftliche Mitteilung über diese Niederlegung in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise vom Zustellungsbeamten abgegeben worden ist, selbst dann, wenn der Adressat einen nicht auf Zustellungen erweiterten Nachsendungsauftrag gestellt hat (*BayObLG MDR 1981, 60; AK-Göring, ZPO § 182 Rdn. 3*). **Es genügt, daß die Mitteilung über die Nieder-**

**legung in den Empfangsbereich des Zustellungsadressaten gelangt ist** (BGH, *Beschl. v. 19.10.1983 – VIII ZB 30/83 – VersR 1984, 81 unter 2. a*). Demgemäß handelt es sich um eine Zugangsfiktion.

b) Ob hier der Zustellungsbeamte entsprechend seiner Stellungnahme tatsächlich die „Benachrichtigung durch den Türeinwurf-schlitz“ geworfen hat, so daß sie in den Empfangsbereich des Beklagten gelangte, kann offen bleiben. Immerhin wäre über die von den Vorinstanzen schriftlich niedergelegten Gründe hinaus zu berücksichtigen, daß der Beamte mehr als vier Monate nach einem solchen alltäglichen Vorgang eben diesen ohne jedes weitere Detail und ohne die Möglichkeit weiteren Vorhalts (*vgl. dazu Senatsbeschluß v. 5.5.1976 – IV ZB 49/75 – VersR 1976, 928, 929 o. rechts; vgl. auch BGH, Beschluß v. 19.10.1983 – VIII ZB 30/83 – VersR 1984, 81 unter 2. b*) bestätigte, dazu noch gegenüber seinem Vorgesetzten, dem er anderenfalls eine Nachlässigkeit im Dienst offenbart haben würde. Nach den eidesstattlichen Versicherungen ist jedoch sonst **niemals ein Verlust bekannt geworden**, hat vielmehr der Beklagte am 30.8.1993 seine Kenntnis deshalb erlangt, weil seine Ehefrau aufgrund eines anderen Benachrichtigungsscheines ein Schriftstück abgeholt hatte. Demgemäß kann auch auf sich beruhen, ob das Oberlandesgericht bei seiner Qualifizierung „offenes Beweisergebnis“ die geringeren Anforderungen des § 294 ZPO (*vgl. Senatsbeschluß VersR 1976, 928, 929 unten links; MünchKomm/Prütting, ZPO § 294 Anm. 23*) bedacht hat.

2. Da eine weitere Aufklärung des Sachverhalts nicht erforderlich ist, kann der erkennende Senat abschließend entscheiden. Auch bei unterstellter Benachrichtigung ist nämlich davon auszugehen, daß die Versäumung der Einspruchsfrist nicht auf einem Verschulden des Beklagten beruht.

a) Wenn die Benachrichtigung vom 30.6.1993 über die Niederlegung in das Haus des Beklagten gelangt ist, verletzt allein die Unkenntnis davon, auf welche wiederum die Fristversäumung zurückgeht, nicht zwangsläufig die von einer Prozeßpartei zu erwartende Sorgfalt; vor-

werfbar wäre diese Unkenntnis vielmehr erst bei Hinzutreten weiterer Umstände, die zu erhöhter Sorgfalt Anlaß gegeben hätten. Das Nichtvorliegen solcher weiteren Umstände hat aber der Beklagte durch seine eigenen eidesstattlichen Versicherungen vom 6.9.1993 und vom 5.3.1994 sowie diejenigen seiner Ehefrau gleichen Datums glaubhaft, nämlich überwiegend wahrscheinlich gemacht. **Danach hat die Ehefrau des Beklagten den Eingangsbereich hinter dem Tür Einwurfschlitz regelmäßig kontrolliert und sind seine Kinder nahezu erwachsen. Weiter ist weder dem Beklagten noch seiner Ehefrau jemals ein Fall bekannt geworden, in dem eingeworfene Post verloren gegangen ist.** Vielmehr steht fest, daß die Ehefrau des Beklagten Ende August 1993 infolge eines Benachrichtigungsscheines sich zur Post begeben hat, um ein dort niedergelegtes Schreiben abzuholen.

b) Mehr als Unkenntnis wirft der angefochtene Beschluß dem Beklagten aber nicht vor. Ersichtlich – da er die Angaben des Beklagten und seiner Ehefrau in gleichem Maße für glaubwürdig hält wie die des Zustellungsbeamten – meint er mit dem Landgericht, Unkenntnis sei schuldhaft. Das Landgericht ist der Ansicht, sofern die Benachrichtigung nach dem Durchschieben durch den Türschlitz im Haus des Beklagten abhanden gekommen sein sollte, beruhe das auf dessen **unsachgemäßer Organisation der Postannahme** und sei von ihm zu vertreten.

Dem ist jedoch nicht zu folgen.

**Der Beklagte brauchte nur die üblichen, für den Zugang von Postsendungen nötigen Vorkehrungen zu treffen;** das hat er den Glaubhaftmachungen zufolge getan. **Die Unaufklärbarkeit des Abhandenkommens als solche indiziert dabei noch nicht mangelnde Sorgfalt;** diese Unaufklärbarkeit einzugestehen, kann deshalb nicht schaden. Auch bei völlig einwandfreier Empfangsorganisation ist dennoch gelegentlich unvermeidbar, daß ein ohne den zusätzlich an der Tür angebrachten postüblichen Aufkleber hinterlassener Benachrichtigungszettel verlorengeht. Insbesondere sind fehlerhafte Vorkehrungen zum Empfang von Postsendungen dem Beklagten nicht vorzuwerfen.

## Fristversäumnis

- Bestandskraft
  - Vollmachtswiderruf
  - Wiederholung der Zustellung
- (FG Hamburg, Urt. v. 7.10.1993 – II 13/93)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Durch die Wiederholung eines Verwaltungsaktes wird dessen einmal eingetretene Bestandskraft nicht beseitigt.**

**2. Die Mitteilung des Widerrufs einer Bevollmächtigung berührt den Lauf der Klagfrist nicht. Die Mitteilung hat auch keine rückwirkende Kraft, so daß die Rechtswirkungen einer Bekanntgabe und damit der Lauf der Rechtsmittelfrist bestehen bleiben.**

**3. Der ehemalige Bevollmächtigte ist verpflichtet sicherzustellen, daß die Klagfrist vom früheren Mandanten gewahrt werden kann. Er hat deshalb die ihm zugewandene Einspruchsentscheidung nicht im Original mit der Bemerkung, die Bevollmächtigung bestehe nicht mehr, an das Finanzamt zurückzuschicken, sondern den ehemaligen Mandanten zu unterrichten.**

### Aus den Gründen:

Die Klage ist nicht zulässig, weil die Einspruchsentscheidung des Beklagten vom 1.12.1992 bestandskräftig ist.

1. Die Einspruchsentscheidung vom 1.12.1992 ist vom Beklagten mit Zustellung an die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft F. & P. KG am 2.12.1992 wirksam bekanntgegeben worden.

1.1 Eine Einspruchsentscheidung ist gemäß §§ 366, 122 Abs. 1 Satz 1, 359 AO (für § 366 in der Fassung des Gesetzes v. 28.2.1992, BGBl I S. 329) demjenigen bekanntzugeben, der den Rechtsbehelf eingelegt hat. Nach § 122 Abs. 1 Satz 2 AO kann die Einspruchsentscheidung

auch gegenüber einem Bevollmächtigten bekanntgegeben werden.

**Ob gegenüber dem Bevollmächtigten bekanntgegeben wird, entscheidet die Behörde nach ihrem Ermessen.** Übt die Behörde dieses Ermessen fehlerhaft aus, ist die Bekanntgabe entweder gänzlich unwirksam oder setzt die Rechtsbehelfsfrist nicht in Lauf. Für die Ermessensausübung gilt hierbei folgendes:

Entsprechend dem in §80 Abs. 3 enthaltenen Rechtsgrundsatz ist es, wenn ein Vertreter bestellt ist, in der Regel ermessensgerecht, ihm bekanntzugeben, und ermessensfehlerhaft, dem Vertretenen bekanntzugeben (vgl. Tipke-Kruse, AO, FGO §122 AO Anm. 21). **Liegt eine schriftliche Vollmacht für den Bevollmächtigten vor, so muß an ihn bekanntgegeben werden;** fehlt eine schriftliche Vollmacht, so ist nach den besonderen Umständen des Einzelfalles zu entscheiden, ob dem Steuerpflichtigen persönlich oder dem Bevollmächtigten bekanntzugeben ist (*BFH Urt.v. 29.7.1987 – I R 367, 379/83, BStBl 1988 II S. 242*). Dabei ist es regelmäßig ermessensgerecht, dem Bevollmächtigten bekanntzugeben, wenn dieser als solcher im Verfahren aufgetreten ist, und insbesondere dann, wenn er den Rechtsbehelf eingelegt hat.

1.2 Die Bekanntgabe der Einspruchsentscheidung an die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft F. & P. KG war wirksam, weil diese bevollmächtigt war, die Vollmacht nicht wirksam widerrufen war und die Entscheidung, an den Bevollmächtigten zuzustellen, sich im Rahmen einer sachgerechten Ermessensausübung hält.

1.2.1 Die F. & P. KG war Bevollmächtigte des Klägers im Rechtsbehelfsverfahren, denn sie hat für ihn den Einspruch eingelegt. Der Vorlage einer schriftlichen Vollmacht bedurfte es – anders als im gerichtlichen Verfahren – nicht, §80 Abs. 1 Satz 2 AO.

1.2.2 Die Bevollmächtigung der F. & P. KG war im Zeitpunkt der Bekanntgabe nicht wirksam widerrufen. Eine Vollmacht ist zwar nach §80 Abs. 1 Satz 4 AO frei widerruflich; ein **Widerruf wird der Behörde gegenüber indes erst wirksam, wenn er ihr zugeht.**

Im vorliegenden Falle kann der Senat nicht feststellen, daß dem Beklagten bis zum Zustellungszeitpunkt ein Widerruf der Vollmacht für das vorliegende Verfahren zugegangen war. Zwar hat der Kläger eine Kopie eines Widerrufschreibens vom 20.3.1985 vorgelegt, das u. a. auch das Aktenzeichen des damals anhängigen Einspruchsverfahrens ausweist. Der Beklagte hat hierzu erklärt, daß er ein solches Schreiben nicht erhalten habe. **Der Zugang des Schreibens beim Beklagten ist somit nicht erweislich. Die Feststellungslast hierfür trägt der Kläger** (vgl. Tipke-Kruse, AO, FGO §80 AO Tz 8 2. Abs.).

1.2.3 Die Entscheidung des Beklagten, dem Bevollmächtigten bekanntzugeben, hält sich im Rahmen einer sachgerechten Ermessensausübung.

Bei der Ermessensausübung sind alle Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen. Neben dem Umstand, daß der Einspruch durch den Bevollmächtigten eingelegt wurde, war somit auch zu berücksichtigen, daß zwischen den letzten Schreiben des Beklagten an den Bevollmächtigten vor der Bearbeitungspause, nämlich im April und Juli 1984, und dem ersten Schreiben nach Wiederaufnahme der Bearbeitung vom 28.2.1992 ein Zeitraum von ca. 6 1/2 Jahren lag, innerhalb dessen keine Korrespondenz mit dem Bevollmächtigten stattgefunden hatte. Dabei kann offen bleiben, ob es ermessensfehlerhaft gewesen wäre, wenn nach einem Zeitraum von 6 1/2 Jahren ohne weiteres, also insbesondere ohne vorherigen Versuch einer Kontaktaufnahme, eine instanzabschließende Entscheidung an den Bevollmächtigten zugestellt worden wäre. Wird nämlich, wie im vorliegenden Falle, nach einem langen Zeitraum fehlenden Kontaktes der Bevollmächtigte zunächst mit der Bitte um Äußerung angeschrieben und äußert er sich zwar einerseits nicht zur Sache, andererseits aber auch nicht dahingehend, daß er nicht mehr bevollmächtigt sei, so reduziert sich der Ermessensspielraum nicht dahin, daß nur noch eine Bekanntgabe an den Einspruchsführer persönlich ermessensgerecht ist. Der Beklagte kann vielmehr in einem solchen Falle ohne Ermessensfehler

sowohl von einem Fortbestand der Vollmacht ausgehen – und damit wirksam dem Bevollmächtigten bekanntgegeben –, als auch den Fortbestand der Vollmacht aufklären und sich sodann nach dem Ergebnis der Aufklärung entscheiden. **Dagegen wäre eine Entscheidung des Beklagten dahingehend, ohne weiteres wegen Zeitablaufs von einem Erlöschen der Vollmacht auszugehen, nicht ermessensgerecht;** dies zeigt ein Blick auf den Regelungsgehalt des § 80 Abs. 1 Satz 4 AO, wonach ein Steuerpflichtiger, der sich vertreten läßt, **das Erlöschen der Vollmacht ausdrücklich anzuzeigen hat.**

2. Die Klageerhebung vom 23.2.1993 ist somit verspätet. Mit der Bekanntgabe der Einspruchsentscheidung an die F. & P. KG ist die Einspruchsentscheidung wirksam und die Klagefrist in Lauf gesetzt worden. Sie ist am 4.1.1993 (Montag) abgelaufen.

Die Klage vom 23.2.1993 richtet sich zwar gegen die Einspruchsentscheidung vom 4.1.1993, bezeichnet aber den Klagegegenstand "Grunderwerbsteuersache betreffend die am 12.6.1978 erfolgte Vereinigung aller Anteile der KG Autohaus in der Hand von Herrn G. R. hinsichtlich des zum Vermögen der KG gehörenden Grundstückes A. 3" eindeutig; die durch die Wiederholung der Zustellung unter diesem Datum verursachte Bezeichnung der Einspruchsentscheidung mit dem Datum 4.1.1993 hindert nicht, die Klage (auch) als gegen die ursprüngliche und wirksame Einspruchsentscheidung vom 1.12.1992 gerichtet anzusehen.

**2.1 Der Lauf der Klagefrist wird durch die Mitteilung des Bevollmächtigten im Schreiben v. 16.12.1992 über den Widerruf der Bevollmächtigung nicht berührt.** Die Mitteilung des Widerrufs hat keine rückwirkende Wirkung, sie läßt die Rechtswirkungen der Bekanntgabe vom 2.12.1992 und damit auch den Lauf der Klagefrist unberührt.

2.2 Die Wirksamkeit der Einspruchsentscheidung vom 1.12.1992 wird auch durch einen „Verzicht“ des Beklagten nicht berührt. Der Beklagte hat zwar in einem Aktenvermerk vom 18.12.1992 auf die Rücksendung der Einspruchsentschei-

dung durch die F. & P. KG vermerkt, er wolle trotz § 80 Abs 1 Satz 4 AO die Zustellung wegen des langen Zeitablaufs und der Unsicherheit, ob die F. & P. KG das Schreiben vom 28.2.1992 erhalten habe, nicht als wirksam ansehen. Die Rechtsfolgen einer Zustellung treten indes aufgrund Gesetzes ein, sind zwingendes Recht und unterliegen weder der einvernehmlichen Disposition der am Steuerrechtsverhältnis Beteiligten noch der Disposition eines dieser Beteiligten.

**2.3 Durch die Wiederholung der Zustellung ist der Lauf der Klagefrist nicht berührt worden.** Dabei kann offen bleiben, ob die Wiederholung der Zustellung **vor** Eintritt der Bestandskraft Einfluß auf den Ablauf der Frist haben kann. Denn im vorliegenden Fall ist die Zustellung erst am 6.1.1993, also **nach** Eintritt der Bestandskraft wiederholt worden. **Ist die Bestandskraft aber erst einmal eingetreten, kann sie durch Wiederholung des Verwaltungsaktes nicht beseitigt werden.** Die Rechtsmittelbefugnis wird durch die Wiederholung eines Verwaltungsaktes nicht erneut eröffnet (vgl. Tipke-Kruse AO, FGO, § 348 AO Tz 1 S. 16; § 350 AO Tz 7).

3. Wiedereinsetzung wegen Versäumung der Klagefrist gegen die Einspruchsentscheidung vom 1.12.1992 kann nicht gewährt werden. Denn die im Verhältnis zum Beklagten noch als bevollmächtigt geltende Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft F. & P. KG trifft ein Verschulden, das sich der Kläger als eigenes zurechnen lassen muß.

3.1 Für die Bevollmächtigte war spätestens mit Zustellung der Einspruchsentscheidung am 2.12.1992 erkennbar geworden, daß der Beklagte von dem Weiterbestand der Bevollmächtigung ausging. Dies mußte für sie umso deutlicher sein, als der Beklagte sie bereits im Februar 1992 angeschrieben hatte und aus dem Text des Anschreibens ebenfalls offensichtlich war, daß der Beklagte sie noch als Verfahrensbevollmächtigte ansah. In dieser Situation war die F. & P. KG als ehemalige Bevollmächtigte verpflichtet, sicherzustellen, daß die Klagefrist nicht ohne ausreichende Sachprüfung ablaufen würde. Das von ihr hierfür gewählte Verfahren, nämlich das Rücksenden der Einspruchsentscheidung „im Original“ mit dem Bemerkten, die



Bevollmächtigung bestehe nicht mehr, war hierzu offensichtlich ungeeignet. Zum einen mußte der F. & P. KG als Steuerberatungsgesellschaft bekannt sein, daß angesichts der in § 80 Abs. 1 Satz 4 AO enthaltenen Regelung die Mitteilung des Vollmachtswiderrufs am 16.12.1992 keine rückwirkende Wirkung haben konnte – sie hat sich schließlich hierbei auch nicht auf die angebliche frühere Mitteilung des Widerrufs berufen –. Zum anderen mußte ihr auch bekannt sein, daß der Beklagte grundsätzlich keine Verfügungsmacht über die einmal in Lauf gesetzte Klagefrist hat. Die Nichtbeachtung dieser gesetzlichen Vorgaben ist für eine **Steuerberatungsgesellschaft schuldhaft**.

3.2 Der Beklagte hätte zwar durch alsbaldige Mitteilung an den Kläger persönlich diesen in die Lage versetzen können, die Frist zu wahren. Er hätte auch die Bevollmächtigte auf ihr unrichtiges Verhalten hinweisen können. Hierbei würde es sich jedoch nur um ein nobile officium des Beklagten handeln und nicht etwa um eine Rechtspflicht. Aus dem Aktenvermerk vom 18.12.1992 läßt sich zwar darüber hinaus die unzutreffende Ansicht des Beklagten entnehmen, die erste Zustellung wäre rechtsunwirksam oder könne jedenfalls als rechtsunwirksam behandelt werden. Selbst wenn jedoch hierin ebenfalls ein (späteres) Verschulden des Beklagten zu erblicken wäre, so würde dies das Verschulden des Bevollmächtigten des Klägers, für die Einhaltung der Klagefrist zu sorgen, nicht nachträglich entschuldbar machen. Denn das Verhalten des Beklagten hat keinen Einfluß auf die Verpflichtung des Klägers und seines Bevollmächtigten, für die Einhaltung der aus der Sicht des Bevollmächtigten erkennbar in Lauf gesetzten Klagefrist zu sorgen.

## Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflicht, Kassenbericht
- Beweislast
- schriftliche Belehrung?
- (Dokumentationspflicht?)

(OLG Köln, Urt.v. 1. 6. 1994 – 11 U 244/93  
– StB 1994, 425)

### Leitsätze:

**Für die Belehrungspflichtverletzung ist der Mandant im Honorarprozeß des Steuerberaters beweispflichtig.**

**Mündliche Hinweise, die der Mandant trotz möglicher nachteiliger Konsequenzen nicht zu befolgen bereit ist, müssen nicht schriftlich wiederholt werden, weder zur Betonung ihrer Ernsthaftigkeit noch zum Zwecke der Beweissicherung.**

**Der Steuerberater ist an Weisungen seines Mandanten gebunden (§ 665 BGB), soweit sie in Kenntnis der Sach- und Rechtslage ergehen.**

### Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers ist zulässig und hat auch in der Sache Erfolg.

Die mit der Berufung weiterverfolgte, unverjährte Honorarforderung des Klägers ist der Höhe nach unstreitig. Sie ist auch nicht durch Aufrechnung des Beklagten mit einem Schadenersatzanspruch gegen den Kläger erloschen.

Es kann dahingestellt bleiben, ob der Beklagte bei ordnungsgemäßer Buchführung und entsprechender Veranlagung von vornherein Steuern in der Höhe hätte zahlen müssen, wie sie ihm auf Grund des Betriebsprüfungsergebnisses auf der Grundlage von Hinzuschätzungen auferlegt worden sind, und ob er infolgedessen im Ergebnis keinen Schaden erlitten hat. Denn für den nach seiner Behauptung durch die Nachveranlagung entstandenen Schaden kann er den Kläger nicht haftbar machen.



Der Beklagte wirft dem Kläger eine zweifache Verletzung seiner steuerberaterlichen Pflichten vor: **Er habe ihn nicht über die Notwendigkeit belehrt, tägliche Kassenberichte auszufüllen, und er habe bei der nachträglichen Herstellung dieser Berichte anhand der Aufzeichnungen des Beklagten Fehler gemacht, die zur Verwerfung der gesamten Buchführung geführt hätten.**

**Für die Belehrungspflichtverletzung ist der Beklagte beweispflichtig** (BGH GI 87, 80 = NJW-RR 1987, 869, 871 m.w.H.) und beweisfällig. Die Ausführungen des Klägers, daß und wie er seiner Belehrungspflicht nachgekommen sei, sind in Anbetracht der Umstände und des zeitlichen Abstandes – **bei Prozeßbeginn lag seine Mandatsübernahme bereits annähernd 17 Jahre zurück** – nicht so unsubstantiiert, daß der Beklagte der Beweislast für seine gegenteilige Behauptung enthoben wäre. Schon im ersten Rechtszug hat der Kläger recht anschaulich geschildert, wie er den Beklagten auf die Unzulänglichkeit seiner Kassenführung hingewiesen und wie dieser darauf reagiert habe; in der Berufungsbegründung sind diese Angaben noch weiter präzisiert worden. Da es sich dabei um Gespräche nur zwischen den Parteien persönlich gehandelt und der Beklagte die unzulängliche Kassenführung auch selbst, ohne Hinzuziehung einer Hilfskraft, vorgenommen hat, wäre der direkte Beweis für die unterbliebene Belehrung allenfalls durch Parteivernehmung des Klägers zu führen, die der Beklagte jedoch nicht beantragt.

Der Beklagte kann sich auch **nicht auf eine tatsächliche Vermutung** des Inhalts berufen, daß er, **wenn er wirklich über die Erfordernisse einer korrekten Kassenführung aufgeklärt worden wäre, diesen selbstverständlich genügt haben würde.** Daß er auf Grund der durch die Betriebsprüfung gewonnenen Erfahrung jetzt ordnungsgemäß verfährt, läßt einen derartigen Schluß nicht zu. Schließlich hatte er das unvorschriftsmäßige, aber für ihn bequeme Verfahren bei der Mandatsübertragung auf den Kläger schon eine gewisse Zeit ohne nachteilige Folgen praktiziert. Es erscheint aber als äußerst unwahrscheinlich, daß zunächst der

frühere Steuerberater und dann der Kläger die Handhabung des Beklagten widerspruchslos hinnahmen, zumal sie für sie die zusätzliche Mühe bedeutete, die erforderlichen Tagesberichte nachträglich selbst anzufertigen. Das **Fehlen einer schriftlichen Belehrung** ist schließlich auch **kein Indiz für das Unterbleiben der Belehrung** überhaupt. Mündliche Hinweise, die der Mandant trotz möglicher nachteiliger Konsequenzen nicht zu befolgen bereit ist, müssen nicht schriftlich wiederholt werden, weder zur Betonung ihrer Ernsthaftigkeit noch zum Zwecke der Beweissicherung (vgl. BGH GI 3/85 = NJW 1985, 265).

Daß der Kläger sich nach vergeblicher Belehrung des Beklagten darauf eingelassen hat, die Verfahrensweise seines Vorgängers zu übernehmen und die nötigen Buchhaltungsunterlagen anhand der Kladdenaufzeichnungen des Beklagten selbst herzustellen, mag, wie der Beklagte behauptet, **mit den Standesrichtlinien der Steuerberater nicht vereinbar sein**; es stellt aber keinen Umstand dar, den der Beklagte dem Kläger als Verletzung vertraglicher Pflichten vorhalten und auf den er Schadenersatzansprüche stützen könnte. Im Rahmen der vertraglichen Beziehungen der Parteien war letztlich der Wille des Beklagten ausschlaggebend. Der Kläger war bei der Erledigung der übernommenen Angelegenheiten auf dessen Mitwirkung angewiesen und an dessen Weisungen, soweit sie in Kenntnis der Sach- und Rechtslage ergingen – was, wie ausgeführt, hier zu unterstellen ist –, gemäß § 665 BGB gebunden (vgl. dazu BGH GI 90, 209 NJW-RR 1990, 1241, 1243; NJW 1985, 42, 43). **Der Vorhalt, er hätte angesichts der Unbelehrbarkeit des Beklagten eben das Mandat kündigen müssen, statt auf die geforderte, unkorrekte Weise ihm zu einer nur scheinbar ordnungsgemäßen Buchführung zu verhelfen, steht dem Beklagten nicht an** (§ 242 BGB).

Schließlich läßt sich auch nicht feststellen, daß der Kläger durch unsorgfältige, fehlerhafte Ausführung der übernommenen Aufgabe, die Kassentagesberichte nachträglich herzustellen, erst die Ursache dafür gesetzt hätte, daß die Kassenführung und damit die gesamte Buch-

führung bei der Betriebsprüfung verworfen wurde.

Hierzu gehen beide Parteien zutreffend davon aus, daß der Kläger die vom Beklagten in seiner Kladde festgehaltenen „Grundaufzeichnungen“ richtig in die Berichtzettel zu übertragen hatte. Daß er darüber hinaus die Richtigkeit und Vollständigkeit der Aufzeichnungen noch anhand der übrigen Geschäftsunterlagen hätte überprüfen müssen, macht der Beklagte nicht geltend.

Der Beklagte behauptet nun zwar, der Kläger bzw. sein Personal habe seine **Aufzeichnungen unvollständig und teilweise falsch übertragen**. Die naheliegende Beweisführung für diesen **pauschalen Vortrag**, Vorlage der Berichte und der Kladden zwecks Vergleichs, unternimmt er jedoch nicht. Auch sonst tritt er dafür keinen geeigneten Beweis an.

Er verweist lediglich auf fünf in sich oder im Zusammenhang mit dem vorangehenden oder dem anschließenden Tagesbericht unstimmmige Berichtzettel. Deren mangelnde Plausibilität hätte dem Kläger, auch wenn er sich bei der Anfertigung der Tagesberichte auf die Übernahme in den Kladden des Beklagten vorgefundener Zahlen beschränken dürfte, auffallen müssen. Andererseits kann aber nicht davon ausgegangen werden, daß es diese auf drei Buchführungsjahre verteilten fünf Buchungsversehen waren, die den Anlaß zur eingehenden Kontrolle und schließlichen Verwerfung der Kassenführung ausmachten. Nach der Behauptung des Klägers, die der Zeuge V. bei seiner Vernehmung durch das Landgericht insoweit bestätigt hat, war hierfür vielmehr ausschlaggebend, **daß die Kassenberichte auffallend wenig und, wie sich anhand von Kontoauszügen und Ausgabenbelegen nachweisen ließ, zu wenig Entnahmeposten enthielten und demgemäß zu geringe Einnahmen auswiesen. Dieses Buchungsdefizit fällt** aber bei der mangels Gegenbeweises zu unterstellenden Ausfertigung der Tagesberichtzettel entsprechend den Aufzeichnungen des Beklagten **in dessen alleinigen Verantwortungsbereich**.

## Steuerberaterhaftung

- Testat
- Kausalität
- Dritthaftung

(OLG Hamm, Urt. v. 27. 5. 1994 – 25 U 171/93)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Eine Bilanz ohne Testat und auf neutralem Briefbogen ohne Unterschrift begründet keine Dritthaftung des Steuerberaters.**

**2. Für den Ursachenzusammenhang zwischen pflichtwidriger Auskunft und Schaden ist der Geschädigte beweispflichtig. Eine Beweiserleichterung nach den Grundsätzen des Anscheinsbeweises tritt nur ein, wenn der Mandant in Kenntnis der zutreffenden Zahlen als einzig naheliegendermaßen Verhalten von der Beteiligung Abstand genommen hätte.**

### Aus den Gründen:

I. Ein Anspruch des Klägers aus **positiver Vertragsverletzung (Verletzung vertraglicher Nebenpflichten) eines selbständigen Auskunftsvertrages oder eines Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter ist nicht gegeben**.

Es kann nicht festgestellt werden, daß der Beklagte im Zusammenhang mit der Erstellung der Bilanz per 30. 6. 1990 eine vertragliche Auskunftsverpflichtung gegenüber dem Kläger eingegangen ist oder daß er aufgrund der vertraglichen Beziehungen zu der E-GmbH Schutzpflichten zugunsten des Klägers übernommen hat.

Die Frage, ob sich die Haftung eines Steuerberaters aus den Grundsätzen des Vertragsrechts ergeben kann, ist im jeweiligen Einzelfall konkret danach zu beurteilen, in welchem Umfang der Steuerberater die Verantwortung für die Richtigkeit seiner Aufstellungen übernimmt (BGH/GI 89, 95 = NJW-RR 1989, S. 696, 697). **Bei dieser Beurteilung kommt nach der Recht-**

**sprechung dem Inhalt eines von dem Steuerberater gegebenen Testats eine besondere Bedeutung zu** (BGH a.a.O.; OLG München, GI 1992, S. 8 ff.).

Der Beklagte hat die **Bilanz per 30.6.1990** ohne jedes Testat erstellt. Die schriftliche Unterlage ist weder mit seinem Briefkopf noch mit einem Stempel oder der Unterschrift des Beklagten versehen. Sie ist außerdem durch den Beklagten nicht unmittelbar dem Kläger, sondern dem Zeugen U. als Vertreter der E. GmbH überlassen worden.

In einer Gesamtschau dieser Umstände kann der Senat einen hinreichenden Vertrauenstatbestand, aufgrund dessen der Kläger davon ausgehen durfte, der Beklagte wolle ihm gegenüber die Gewähr für die Richtigkeit der ermittelten Zahlen übernehmen, nicht feststellen.

Gleiches gilt hinsichtlich der **Rentabilitätsvorschau**, die ersichtlich nur auf Schätzungen beruhende Prognoseangaben enthält.

Ein Anspruch des Klägers ist außerdem deshalb zu verneinen, weil von der erforderlichen Kausalität einer eventuellen schuldhaften Pflichtverletzung des Beklagten für einen bei dem Kläger entstandenen Schaden nicht ausgegangen werden kann. Für diesen Ursachenzusammenhang ist der Kläger beweispflichtig. **Eine Beweiserleichterung nach den Grundsätzen des Anscheinsbeweises käme ihm nur zugute, wenn für den Kläger in Kenntnis der von ihm als zutreffend angenommenen Zahlen sich die Abstandnahme von der Beteiligung als einzig naheliegendes Verhalten dargestellt hätte** (vgl. BGH GI 94, 3 = NJW 1993, S. 3259 f.). Davon kann jedoch nicht ausgegangen werden.

Anknüpfungspunkt für die Kausalitätsbetrachtung kann allein der Umstand sein, daß der Beklagte möglicherweise in die Bilanz unzutreffende Wertangaben hinsichtlich der halbfertigen Erzeugnisse eingestellt hat. Die weiteren Einwendungen des Klägers gegen die Bilanzsätze sind nicht berechtigt. Der Beklagte hat Abschreibungen berücksichtigt. Eine Aktivierung von Eigenleistungen ist in der Bilanz per

30.6.1990 nicht erfolgt. In wieweit das Anlagevermögen zu hoch bewertet sein soll, ist mangels konkreter Angaben nicht ersichtlich.

Es erscheint durchaus möglich, daß sich der Kläger auch in Kenntnis eines niedrigeren Wertes der halbfertigen Leistungen an der E. GmbH beteiligt hätte. **Er stand der GmbH nicht lediglich als Geldanleger gegenüber.** Für den Kläger, der mit seiner Einzelfirma in dem Geschäftsbereich der E. GmbH tätig und deren Hauptauftraggeber war, konnten vielmehr neben der damaligen wirtschaftlichen Situation der im Aufbau befindlichen E. GmbH auch andere unternehmerische Zielsetzungen bei der Entscheidung von Bedeutung sein. Der Zeuge B., der Steuerberater des Klägers, hat ausgesagt, er würde „fast vermuten“, in Kenntnis der zutreffenden Zahlen hätte sich der Kläger an der GmbH nicht beteiligt. Der Zeuge hat jedoch auch bekundet, der Kläger habe vor Erwerb der Beteiligung geäußert gehabt, die Gesellschaft in V. aus seinem eigenen Geschäftsbereich stelle für ihn eine gute Ergänzung dar. Der Zeuge R. hat bekundet, nach seiner Annahme habe der Kläger mit dem Erwerb der Beteiligung sich einen **größeren Kundenkreis erschließen** wollen. Diese Aussagen lassen zumindest die Möglichkeit offen, daß für den Kläger bei seiner Entscheidung entsprechende unternehmerische Planungen im Vordergrund standen. Auch unter Berücksichtigung der Umstände, daß der Kläger die GmbH fortführt und zwischenzeitlich Gewinne erwirtschaftet, erscheint es zweifelhaft, ob ihm ein anderer Bilanzansatz hinsichtlich der halbfertigen Leistungen veranlaßt hätte, von der Beteiligung abzusehen.

Diese nach der Beweisaufnahme verbleibenden Zweifel wirken sich im Ergebnis zulasten des Klägers aus.

II. Ein Anspruch aus § 826 BGB (vorsätzlich sittenwidrige Schädigung) scheidet ebenfalls aus.

Auf der Grundlage der Erklärungen des Klägers in der mündlichen Verhandlung, dem Beklagten sei – wie sich bei einer späteren Besprechung gezeigt habe – nicht bekannt gewesen, wie der Bilanzansatz für die halbfertigen Arbeiten zu ermitteln sei, können jedenfalls die

subjektiven Voraussetzungen dieser Vorschrift nicht bejaht werden.

Es kann außerdem auch insoweit der erforderliche Ursachenzusammenhang zwischen einem eventuellen Fehlverhalten des Beklagten und einem dadurch veranlaßten Schaden des Klägers nicht festgestellt werden.

## Steuerberaterhaftung

- Sekundäranspruch
  - Belehrungspflicht des Steuerberaters
  - Hinweis auf Regreß gegen Vorberater?
- (OLG Hamm, Urt.v. 1. 6. 1994 – 25 U 196/93)

### Leitsatz (d. Red.):

**Der Steuerberater ist nicht verpflichtet, auf Schadenersatzansprüche seines Mandanten gegen den Vorberater hinzuweisen. (hier: Auftrag zur Durchsetzung von Steuerrückerstattungsansprüchen)**

### Aus den Gründen:

Zu Unrecht hat das Landgericht eine Verletzung gesetzlicher Nebenpflichten dieses Vertrages durch die Beklagte, die auf Abwendung von Vermögensschäden gerichtet sein sollen mit der Begründung bejaht, die Beklagte habe es pflichtwidrig unterlassen, die Verjährungsfristen für den Schadenersatzanspruch spätestens im September 1989 zu berechnen, den Kläger über den drohenden Ablauf der Verjährung aufzuklären und ihn dahin zu beraten, einen Rechtsanwalt mit der Klageerhebung zu beauftragen, um die Verjährung seiner Schadenersatzansprüche gegen den Vorberater, Rechtsanwalt A., zu unterbrechen.

Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung (vgl. BGH GI 91, 223 = WM 1991, S. 1303) **umfaßt der Aufgabenbereich eines Steuerberaters grundsätzlich nicht die Verpflichtung, auf Schadenersatzansprüche seines Mandanten gegen den Vorberater hinzuweisen.** Diesen Grundsatz verkennt der Kläger in der Berufungsinstanz nicht, der seinen Schadenersatz-

anspruch auf einen Auftrag stützt, den er der dies bestreitenden Beklagten Mitte 1988 und/oder nach Erhalt des Schreibens des Finanzamts Wipperfürth v. 30. 8. 1989 erteilt haben will und der die Verfolgung seines Schadenersatzanspruches gegen Rechtsanwalt A. zum Inhalt gehabt haben soll. Unstreitig **oblag der Beklagten aufgrund des ihr vom Kläger im Rahmen des bestehenden Steuerberatervertrages erteilten Auftrags die Verfolgung möglicher Steuerrückerstattungsansprüche des Klägers für die Veranlagungsjahre 1984 bis 1986, da der Vorberater Einkünfte des Klägers aus Arbeitnehmererfindervergütung nicht zutreffend deklariert hatte.** Dabei war alleiniger Ansprechpartner der Beklagten das zuständige Finanzamt. Dieser Aufgabe hat die Beklagte sich auch unstreitig – wenn auch ohne den gewünschten Erfolg – in der Folgezeit unterzogen. Dabei erklärt sich die Beschränkung dieser Schadenersatzklage auf die Mehrsteuern, aus den Veranlagungsjahren 1984 und 1985 aus der bereits erfolgten Schadenersatzleistung der Haftpflichtversicherung von Rechtsanwalt Sch., dem Rechtsanwalt des Klägers, da dieser nach der Behauptung des Klägers gegen den Vorberater begründete Schadenersatzansprüche hat verjähren lassen.

Seine Behauptung, der Beklagten habe die Verfolgung seiner Schadenersatzansprüche gegen den Vorberater aus den Veranlagungsjahren 1984 bis 1986 aufgrund ausdrücklich erteilten Auftrags obliegen, hat der dafür beweispflichtige Kläger nicht bewiesen.

Die vorgelegten Unterlagen belegen den behaupteten Auftrag, aus dem allein ein Anspruch wegen Schlechterfüllung des Mandatsvertrags hergeleitet werden könnte, nicht.

Der Inhalt des Schreibens der Beklagten v. 4. 9. 1989 an Rechtsanwalt A. begründet keine Wahrscheinlichkeit für die Behauptung des Klägers, er habe die Beklagte mit der Verfolgung seiner Schadenersatzansprüche gegen den Vorberater betraut. Nach dem Inhalt des genannten Schreibens ist vielmehr die Behauptung der Beklagten wahrscheinlicher, sie sei von dem Kläger **ausschließlich mit der Verfolgung seiner Steuerrückerstattungsansprüche ge-**

**genüber dem Finanzamt beauftragt** worden. Nachdem das Finanzamt W. nämlich die namens des Klägers gestellten Anträge der Beklagten auf Berichtigung der bestandskräftigen Steuerbescheide der Veranlagungsjahre 1984 bis 1986 abgelehnt hatte, die die Beklagte auf § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO gestützt hatte und durch Schreiben v. 30.8.1989 seinen Ablehnungsbescheid v. 21.6.1989 begründet hatte, fragte die Beklagte bei dem Vorberater an, ob er eine Möglichkeit der Berichtigung sehe. Diese Vorgehensweise war im Interesse des Klägers zur erschöpfenden Klärung möglicher gegen das Finanzamt W. geltend zu machender Rückerstattungsansprüche geboten. Der weitere Hinweis der Beklagten in diesem Schreiben, verneinendenfalls werde sie ihrem Mandanten empfehlen, Schadenersatzansprüche gegen den Adressaten geltend zu machen, legt den Schluß nahe, daß die Beklagte zu diesem Zeitpunkt von dem Kläger nicht mit der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen gegen Rechtsanwalt A. beauftragt war, da die angesprochene Empfehlung sich sonst erübrigt hätte.

Auch aus dem weiteren Schreiben der Beklagten v. 9.11.1989 ist eine zwischenzeitliche Auftragserteilung des Klägers an die Beklagte nicht herzuleiten. Zwar fordert die Beklagte den Vorberater in diesem Schreiben auf, bis zum 30.11.1989 mitzuteilen, ob er an einer außergerichtlichen Lösung interessiert sei unter Hinweis, daß nach Ablauf der Frist gerichtliche Schritte eingeleitet werden würden. Der hierzu erteilten Erläuterung des Geschäftsführers der Beklagten J. K. in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat, er habe den Kläger bereits zuvor darauf hingewiesen, ein Anwalt müsse her, steht der Inhalt des Schreibens nicht entgegen. Aus ihm ist nämlich nicht zu entnehmen, daß die Beklagte Schadenersatzansprüche des Klägers gegen den Vorberater verfolgen sollte und wollte und durch wen gerichtliche Schritte eingeleitet werden sollen. Das Schreiben läßt daher auch die Deutung zu, daß dies durch einen Anwalt geschehen sollte, weil sich sonst der Hinweis der Beklagten angeboten hätte, sie werde diese Schritte einleiten.

Für die Behauptung der Beklagten, sie habe die Hinzuziehung eines Anwalts angeregt, spricht

zudem, daß der Kläger seine Behauptung in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat auf diesen Hinweis des Geschäftsführers der Beklagten dahin modifiziert hat, beide, die Beklagte und Rechtsanwalt Sch., hätten die Sache erledigen sollen.

**Auch die Zeitnahe Beauftragung von Rechtsanwalt Sch., die unstreitig am 13.12.1989 durch den Kläger erfolgt ist, spricht gegen die behauptete Beauftragung der Beklagten, die aus Rechtsgründen eine gerichtliche Geltendmachung des Schadenersatzanspruchs des Klägers gegen den Vorberater ohnehin nicht hätte durchführen können.**

Zudem spricht das Schreiben der Beklagten v. 6.12.1989 nicht für die behauptete Beauftragung der Beklagten. In der Anlage zu diesem Schreiben v. 6.12.1989 berechnete die Beklagte die dem Kläger in den Veranlagungsjahren 1984 bis 1986 nach ihrer Ansicht entstandenen, durch die fehlerhafte Deklaration der Erfindervergütung ausgelösten Steuerschäden. Daß dieses Schreiben an den Kläger und nicht etwa an Rechtsanwalt A. gerichtet ist, spricht gegen eine Beauftragung der Beklagten durch den Kläger, ihren Schadenersatzanspruch gegen den Vorberater durchzusetzen. Das vorgenannten Schreiben mit der im Termin vorgelegten Schadenberechnung wäre in diesem Fall nämlich überflüssig gewesen. Als sinnvolle Maßnahme erscheint es nur im Zusammenhang mit der Behauptung der Beklagten, der Kläger habe sie mit der Schadenberechnung zur Vorbereitung der Klage beauftragt, mit deren Durchführung er Rechtsanwalt Sch. am 13.12.1989 beauftragt habe. Auch der in diesem Schreiben enthaltene Hinweis auf umgehende Bezahlung der Eigenrechnung der Beklagten zur Einrechnung dieser Forderung in den Anspruch auf Schadenersatz gegen den Vorberater spricht nicht für die behauptete Beauftragung. Die klageweise Geltendmachung des Schadens setzt Zahlung des Klägers nicht voraus, da der Kläger auch Freistellung von der gegenüber der Beklagten begründeten Honorarforderung vom Vorberater hätte begehren können. Der Hinweis der Beklagten in dem vorgenannten Schreiben zielt aber wohl darauf ab,

einen einheitlichen Zahlungsanspruch gegen den Vorberater gerichtlich verfolgen zu können und begründet daher keine Wahrscheinlichkeit für die Behauptung des Klägers, er habe die Beklagte mit der Verfolgung seiner gegen den Vorberater bestehenden Schadenersatzansprüche beauftragt.

Der Anregung des Prozeßbevollmächtigten des Klägers, den Kläger als Partei zu der Beweisfrage der Beauftragung der Beklagten gemäß § 448 ZPO zu vernehmen, ist der Senat aus Rechtsgründen nicht gefolgt, da der Inhalt der vorgelegten Schriftstücke nicht eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit der unter Beweis gestellten Behauptung des Klägers erbracht hat (Zöller, 18 Aufl., § 448 Rdnr. 4).

Die zuvor schriftsätzlich beantragte Vernehmung des Geschäftsführers der Beklagten als Partei hat der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin nicht aufrechterhalten.

## **Notarhaftung**

- Erschließungskosten
  - Grundstückskaufvertrag
  - Belehrungspflicht d. Notars
  - Darlegungslast des Klägers
- (BGH, Urt.v. 28. 4. 1994 – IX ZR 161/93)

### **Leitsatz:**

**Bei der Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages muß der Notar mit den Beteiligten die Problematik nicht angerechneter Erschließungsbeiträge erörtern und ihnen, falls sie dies wünschen, eine entsprechende vertragliche Regelung vorschlagen.**

### **Zum Sachverhalt:**

Der beklagte Notar beurkundete am 23.2.1990 einen Grundstückskaufvertrag, aufgrund dessen der Kläger von dem Konkursverwalter des Voreigentümers ein Hausgrundstück zum Preis von 1,4 Mio. DM erwarb. In den Jahren 1985, 1986

war die Straße, an der das Grundstück liegt, endgültig hergestellt worden. Erschließungsbeiträge waren zum Zeitpunkt des Vertragschlusses noch nicht erhoben worden. Dies war weder den Vertragsparteien noch dem Beklagten bekannt. Bei der Beurkundung ist über Erschließungsbeiträge nicht gesprochen worden. Sie sind im Vertrag nicht erwähnt. Mit noch nicht bestandskräftigem Bescheid vom 19.12.1990 wurde der Kläger zu Erschließungsbeiträgen von 88.066,80 DM herangezogen. Eine Klage gegen den Konkursverwalter auf Freistellung von diesen Erschließungskosten wurde rechtskräftig abgewiesen. Der Kläger ist der Auffassung, der beklagte Notar hätte ihn bei der Beurkundung auf die Möglichkeit von Erschließungsbeiträgen hinweisen müssen. Er begehrt die Feststellung, daß der Beklagte verpflichtet ist, ihn von den Erschließungsbeiträgen freizustellen und ihm sämtliche Rechtsverfolgungskosten zu ersetzen.

Die Klage blieb in den Vorinstanzen erfolglos. Die Revision des Klägers hatte Erfolg.

### **Aus den Gründen:**

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der Beklagte sei nicht verpflichtet gewesen, im Rahmen der Beurkundung des Grundstückskaufvertrages die Frage der Erschließungsbeiträge von sich aus anzusprechen oder die Beteiligten darüber zu belehren, welche nicht im Grundbuch eingetragenen – auch öffentlichen – Lasten und Beschränkungen möglicherweise bestehen könnten. Weil (unstreitig) keine Anhaltspunkte dafür bestanden hätten, daß vorhandene Erschließungsanlagen noch nicht abgerechnet worden seien, habe ihn keine weitergehende betreuende Belehrungspflicht getroffen.

II. Diese Ausführungen halten der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

1. Der Beklagte hat bei der Beurkundung des Grundstückskaufvertrages vom 23.2.1990 die ihm gegenüber dem Kläger obliegende Amtspflicht verletzt. Gemäß § 171 BeurkG muß der Notar bei der Beurkundung eines Rechtsgeschäfts den Willen der Beteiligten erforschen, den Sachverhalt klären, die Beteiligten über die

rechtliche Tragweite des Geschäfts belehren und ihre Erklärungen klar und unzweideutig in der Niederschrift wiedergeben. Dabei soll er darauf achten, daß Irrtümer und Zweifel vermieden sowie unerfahrene und ungewandte Beteiligte nicht benachteiligt werden. **Die Vorschrift soll gewährleisten, daß der Notar eine rechtswirksame Urkunde errichtet, die den wahren Willen der Beteiligten vollständig und unzweideutig in der für das beabsichtigte Rechtsgeschäft richtigen Form wiedergibt** (BGH, NJW 1991, 1346 = LM BeurkG Nr. 34 = WM 1991, 1046 [1048] m.w.Nachw.). Daraus folgt, daß der Notar die Beteiligten insoweit befragen und belehren muß, als es notwendig ist, eine ihrem wahren Willen entsprechende rechtswirksame Urkunde zu errichten (vgl. Haug, Die Amtshaftung des Notars, Rdnr. 40). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß der Notar sich nicht darauf beschränken darf, in der Urkunde nur die Hauptleistungspflichten der Beteiligten zu regeln. Er schuldet vielmehr eine umfassende, ausgewogene und interessengerechte Vertragsgestaltung (vgl. Reithmann, in: Reithmann/Röll/Gebele, Hdb. d. notariellen Vertragsgestaltung, 6. Aufl., Rdnrn. 20 ff.; Haug, Rdnr. 557).

Der Notar muß je nach Art des zu beurkundenden Rechtsgeschäfts unter Auswertung der Erfahrungen der Kautelarjurisprudenz alle regelungsbedürftigen Fragen ansprechen, die hierzu nötigen Belehrungen erteilen und bei Bedarf entsprechende Regelungen vorschlagen. Er kann nicht erwarten, daß die Beteiligten diese Fragen selbst erkennen und zur Diskussion stellen. Dazu sind diese in aller Regel mangels einschlägiger Erfahrungen nicht in der Lage. Es ist vielmehr die vornehmliche Aufgabe des Notars, aufgrund seiner Erfahrung und der ihm zur Verfügung stehenden Vertragsmuster die regelungsbedürftigen Punkte von sich aus anzusprechen und den Willen der Beteiligten dazu in Erfahrung zu bringen. Die Amtspflicht zur vollständigen Erfassung und Niederlegung des Parteiwillens erfordert es, daß der Notar sich hinsichtlich aller regelungsbedürftigen Punkte, die üblicherweise zum Gegenstand vertraglicher Abreden gemacht werden, vergewissert, ob die Beteiligten eine Regelung bewußt

nicht getroffen haben oder ob diese auf einem Versehen oder auf Unkenntnis beruht (vgl. Arndt, BNotO, 2. Aufl., Anh. zu § 19, § 17 BeurkG Anm. II 3.1; Haug, Rdnr. 557).

**2. Eine regelungsbedürftige Frage, die der Notar bei der Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages von sich aus ansprechen muß, ist die Problematik der Erschließungskosten** (Reithmann, in: Reithmann/Röll/Gebele, Hdb. d. notariellen Vertragsgestaltung, 6. Aufl., Rdnr. 29; Albrecht, ebda, Rdnr. 467; Mayer, VersR 1989, 14 [15]; vgl. auch Brambring, in: Beck'sches Notar-Hdb., Rdnr. 153; Langenfeld, Vertragsgestaltung, Rdnr. 22; Haug, Rdnr. 558; a. A. Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 4. Aufl., Rdnr. II 394). Wenn der Vertrag keine Regelung dieser Frage vorsieht, hat gem. §§ 446, 103 BGB der Käufer die nach Übergabe des Grundstücks fällig werdenenden Erschließungsbeiträge zu tragen (BGH, NJW 1982, 1278 = LM § 103 BGB Nr. 2). Das entspricht in aller Regel nicht dem wahren Willen der Beteiligten, wenn die zugrundeliegenden Erschließungsmaßnahmen bereits vor Vertragsschluß ausgeführt waren. Durchschnittliche, in Grundstücksgeschäften nicht besonders erfahrene Vertragsparteien gehen in der Regel davon aus, daß der vereinbarte Kaufpreis das abschließende Entgelt für das Grundstück, wie es steht und liegt, darstellt (Reithmann, Rdnr. 29). Sie sind mithin der Meinung, daß bei Kaufabschluß vorhandene Erschließungsanlagen mit dem Kaufpreis abgegolten sind und nicht mehr nach Jahr und Tag dem Käufer noch oft nicht unbeträchtliche Kosten auferlegt werden können. Daß die Vorschriften des dispositiven Rechts den Käufer mit diesen nachträglichen Kosten belasten, ist insbesondere für diesen überraschend. Das läßt es dringend geboten erscheinen, daß die Vertragsparteien eine anderweitige Regelung dieser Frage vornehmen.

**Eine derartige vertragliche Regelung ist insb. deshalb dringlich, weil zwischen der tatsächlichen Herstellung der Erschließungsanlagen und der Abrechnung der Erschließungskosten seitens der Gemeinde oft viele Jahre vergehen.** Diese lange Zeitspanne führt einerseits dazu, daß vielfach weder Verkäufer



noch Käufer damit rechnen, daß die lange zurückliegenden Erschließungsmaßnahmen noch nicht abgerechnet sind. Sie macht es andererseits für den Käufer besonders schwer erträglich, daß er die lange vor seinem Eigentumserwerb durchgeführten Maßnahmen nachträglich noch bezahlen soll. Voraussetzung einer Beitragspflicht nach dem Baugesetzbuch sind (unter anderem) die endgültige Herstellung der Erschließungsanlage (§133 II BauGB), das Vorhandensein einer rechtswirksamen Erschließungsbeitragsatzung i.S. von §133 BauGB sowie das Vorliegen eines Bebauungsplans bzw. der Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde (§125 BauGB; vgl. *im einzelnen Driehaus, Erschließungs- und Ausbaubeiträge*, 2. Aufl., Rdnrn. 576 ff. m. Nachw. der Rechtsprechung des BVerwG).

Endgültig hergestellt ist eine Erschließungsanlage dann, wenn ihr Ausbauzustand den satzungsmäßig festzulegenden (§132 Nr. 4 BauGB) Merkmalen der endgültigen Herstellung entspricht und der dazu erforderliche Aufwand zu ermitteln ist, das heißt sämtliche Unternehmerrechnungen der Gemeinde vorliegen (BVerwGE 49, 131 ff.). Mit dem – den Anwohnern erkennbaren – Abschluß von Straßenbauarbeiten hat schon dieses Merkmal nicht mehr viel zu tun. Fällig wird der Erschließungsbeitrag – und auf diesen Zeitpunkt kommt es im Verhältnis Käufer – Verkäufer an – zudem gem. §135 I BauGB erst binnen einer Frist von einem Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides.

Nach ständiger Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte führen weder eine Verzögerung des Entstehens der Beitragspflicht noch eine Verzögerung, die die Geltendmachung der entstandenen Erschließungsbeitragsforderung betrifft, für sich allein zu einem Rechtsverlust der Gemeinde nach Treu und Glauben (z.B. OVG Münster, NVwZ-RR 1990, 435 [436] betreffend eine Zeitspanne von 16 Jahren zwischen technischer Fertigstellung einer Straße und deren Abrechnung; Driehaus, Rdnrn. 604 ff.; jeweils m.w. Nachw.). Jahrelange Verzögerungen zwischen der technischen Herstellung einer Erschließungsanlage und der Bekanntgabe des Beitragsbescheides mögen zwar nicht die

Regel darstellen, liegen jedoch im System des Erschließungsbeitragsrechts begründet.

Die vorstehend dargelegte Problematik der Erschließungskosten beim Verkauf von Grundstücken war Gegenstand zahlreicher Veröffentlichungen im Fachschrifttum (vgl. Messer, NJW 1978, 1406; Becker, BWNotZ 1979, 61; Matloch, MittBayNot 1979, 104; Dietrich, DNotZ 1983, 297; Nieder, NJW 1984, 2662; Panz, BWNotZ 1984, 144; Dickhuth/Harrach, MittRheinNot 1986, 241; Mayer, VersR 1989, 14; Grziwotz, MittBayNot 1993, 137). Die unbefriedigende derzeitige Rechtslage hat die Kommission zur Überarbeitung des Schuldrechts dazu veranlaßt, in §437 BGB ihres Entwurfs eine Regelung vorzusehen, wonach der Verkäufer eines Grundstücks verpflichtet ist, Erschließungsbeiträge und sonstige Anliegerbeiträge für die Maßnahmen zu tragen, die bis zum Tage des Vertragsschlusses ausgeführt sind, unabhängig vom Zeitpunkt des Entstehens der Beitragsschuld (Abschlußbericht der Kommission zur Überarbeitung des SchuldR 1992, S. 207 f.; dazu Adam, Sonderheft zum 24. Deutschen Notartag, DNotZ 1993, S. 83 ff. [95 f.]). **Soweit ersichtlich schlagen sämtliche Vertragsformularbücher für Notare eine Regelung der Erschließungsbeiträge in Grundstückskaufverträgen vor** (Beck'sches Formularbuch zum Bürgerlichen, Handels- und GesellschaftsR, 5. Aufl., Muster III B 1 §5, III B 2 §5, III B 3 §6 [4]; Beck'sches Notarhdb., „Beratungs-Checkliste“ A I Rdnrn. 2, 13; Kersten/Bühling, Formularbuch und Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit, 19 Aufl., Muster Rdnr. 270 §7; Rdnr. 271 §2 Nr. 4; Rdnr. 272 §4; Rdnr. 273 §2; Rdnr. 275 §4; Rdnr. 276 §3; Rdnr. 277 §3; Rdnr. 282 Nr. 4.4; Keim, Immobilienverträge, S. 61–66 a; Langenfeld, Vertragsgestaltung, Rdnr. 147 (Beispiel Grundstückskaufvertrag) §5; Münchener Vertragshdb. IV/1, 3. Aufl., Vertragsmuster I 1 §§9, 14 c; I 3 §8; I 4 §6 [5]; I 8 §6 [3]; Weirich, Vertragsgestaltung im GrundstücksR, 2. Aufl., Rdnrn. 65 ff.; Wurm/Wagner/Zartmann, Das Rechtsformularbuch, 13. Aufl., Muster 19 a 19 b jeweils §2). Bei dieser Sachlage gehört es heute und gehörte es – anders als möglicherweise im Jahre 1953 (vgl. BGH, LM §38 DO-Not Nr. 1 = DNotZ 1953, 492) – auch bereits im Jahre 1990, als der hier maßgebliche Grundstücks-

kaufvertrag beurkundet wurde, zum **Standard notarieller Tätigkeit, daß bei der Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages die Problematik der Erschließungskosten erörtert wird.** Von einem Notar muß verlangt werden, daß er die Beteiligten auf diese Problematik hinweist, ihnen hierzu die gewünschten Erläuterungen gibt und auf Wunsch Lösungsmöglichkeiten vorschlägt.

3. Dieser Verpflichtung ist der Beklagte schuldhaft nicht nachgekommen. Ihm hätte das Problem aus der einschlägigen Fachliteratur bekannt sein müssen. Sein Verschulden entfällt auch nicht deshalb, weil beide Vorinstanzen eine Belehrungspflicht verneint haben. **Der Grundsatz, daß ein Verschulden des Notars ausscheidet, wenn ein mit mehreren Rechtskundigen besetztes Kollegialgericht sein Verhalten als objektiv rechtmäßig gebilligt hat, stellt nur eine allgemeine Richtlinie dar, die unter anderem dann nicht anwendbar ist, wenn das Kollegialgericht den Sachverhalt nicht erschöpfend gewürdigt hat** (BGH, NJW-RR 1992, 1178 = LMH. 11/1992 BeurkG Nr. 39/40 = WM 1992, 1533 [1536] m.w.Nachw.). Beide Vorinstanzen haben nur allgemein die Frage einer Belehrungspflicht des Notars über öffentliche Lasten behandelt, ohne auf die spezifische Problematik der Erschließungsbeiträge einzugehen.

III. Aus den dargelegten Gründen ist das angefochtene Urteil aufzuheben. Die Sache ist zur weiteren Aufklärung an das Berufungsgericht zurückzuverweisen. Das Berufungsgericht hat sich – von seinem Standpunkt aus folgerichtig – bisher nicht mit der Frage der Kausalität der Pflichtverletzung für den geltend gemachten Schaden befaßt. Hierzu weist der Senat auf folgendes hin: Der Kläger hat zur Frage der Kausalität bisher nur unzureichend vorgetragen. Er hat jeweils behauptet, wenn er gewußt hätte, daß auf ihn noch 88.000 DM Erschließungskosten zukämen, dann hätte er entweder den Kaufpreis entsprechend heruntergehandelt oder vom Kauf Abstand genommen. Wie er in Erfahrung gebracht hätte, daß er noch ca. 88.000 DM Erschließungskosten würde zahlen müssen, hat der Kläger bisher nicht dargelegt. Der Beklagte war bei pflichtgemäßem Verhalten

zu einer derartigen Mitteilung nicht verpflichtet. Er brauchte keine Erkundigungen über die Höhe eventuell noch nicht abgerechneter Erschließungsbeiträge anzustellen, sondern mußte den Kläger nur allgemein auf die Problematik noch ausstehender Erschließungskosten hinweisen. **Es war dann Sache des Klägers, welche Folgerungen er aus einem solchen Hinweis zog. Hierfür ist der Kläger ebenso darlegungs- und beweispflichtig wie für die Frage, ob es ihm gelungen wäre, den Kaufpreis ganz oder teilweise herunterzuhandeln.**

## Anwaltschaftung

- Ausschluß des Erbrechts
  - getrennt lebende Ehefrau
  - Rücktritt vom Erbvertrag
- (BGH, Urt. v. 13. 7. 1994 – IV ZR 294/93)

### Leitsatz (d. Red.):

**Der Anwalt muß den Mandanten über die Voraussetzungen belehren, unter denen ein Scheidungsantrag die Erbberechtigung des Ehepartners gemäß § 1933 BGB beseitigt. (hier: Zustellungsprobleme und Operation des antragstellenden Ehepartners)**

### Zum Sachverhalt:

Die Klägerinnen fordern Schadenersatz wegen Schlechterfüllung eines Anwaltsvertrages. Sie sind zwei der drei Töchter des Erblassers, der am 1. 2. 1988 mittags nach einer drei Tage vorher vorgenommenen Operation verstorben ist. Die Beklagten sind Rechtsanwälte, die seinerzeit in einer Sozietät verbunden waren.

Am 28. 1. 1988, am Tag vor der beabsichtigten Operation, ließ die Klägerin zu 1) sich vom Beklagten zu 2) namens und mit Generalvollmacht ihres im Krankenhaus liegenden Vaters unter anderem über die Erbensprüche der Mutter der Klägerinnen beraten. Die Eltern der Klägerinnen lebten seit Januar 1987 getrennt; der Erblasser hatte an die Mutter der Klägerinnen

Unterhalt in gerichtlich festgesetzter Höhe zu zahlen. Dem Beklagten zu 2) wurden die notarielle Vereinbarung der Eltern über die Gütertrennung und deren Ehe- und Erbvertrag vorgelegt. Darin hatten die Eltern sich gegenseitig zwar zu Alleinerben eingesetzt, jedoch in § 4 jeweils ein Rücktrittsrecht vorbehalten.

Nach der Auskunft des Beklagten zu 2), durch einen Scheidungsantrag werde das Erbrecht der Mutter beseitigt, erteilte die Klägerin zu 1) im Namen ihres Vaters den Auftrag, Scheidungsantrag einzureichen. Der Beklagte zu 2) gab die Antragsschrift noch an demselben Tag, einem Donnerstag, zur Post. Sie wurde am 2.2.1988, also am Tag nach dem Tod des Erblassers, der Mutter zugestellt.

Mangels Zustellung der Antragsschrift zu Lebzeiten des Erblassers kam das am 15.1.1988 vom Erblasser errichtete Testament nicht zum Zuge, in welchem er die Mutter von der Erbfolge ausgeschlossen und seine drei Töchter zu gleichen Teilen als Erben eingesetzt hatte. Vielmehr wurde die Mutter aufgrund des Erbvertrages Alleinerbin, so daß den Klägerinnen nur der Pflichtteilsanspruch blieb. Dieser wurde in einem gerichtlichen Vergleich im Rechtsstreit zwischen den Klägerinnen und ihrer Mutter mit je 55.000 DM bemessen.

Der Wert des Nachlasses betrug 267.541,67 DM. Die Parteien streiten, ob ein weiterer Betrag von 170.000 DM zugunsten der Klägerinnen berücksichtigt werden muß. Die Schwester R. des Erblassers hatte unter dem 25.9.1987 eine auch vom Erblasser unterzeichnete maschinenschriftliche Erklärung abgegeben, wonach sie diesen „im Krankheits- oder Pflegefall zu versorgen und für ihn zu sorgen“ sich verpflichtete. Der Erblasser hatte ihr „seine für ihn vorgesehene finanzielle Altersversorgung in Höhe von 170.000 DM übereignet“. Dazu heißt es weiter in der Urkunde:

„Das Geld darf nur für diesen Zweck verbraucht werden. Bei Ableben meines Bruders geht das restliche Geld an seine beiden Kinder (die Klägerinnen) als Erbe über.“

Dem gerichtlichen Vergleich ist die Schwester des Erblassers beigetreten. Sie hat sich in Höhe

des erhaltenen Geldes zur Zahlung an die Mutter der Klägerinnen verpflichtet.

Die Klägerinnen verlangen aufgrund näher dargelegter Abrechnung 90.347,22 DM für die Klägerin zu 1) und 84.747,22 DM für die Klägerin zu 2) nebst Zinsen von den Beklagten als Gesamtschuldnern. Diese Beträge sind die Differenz zwischen dem Betrag, den sie als Erben erhalten hätten, und der im Vergleichsweg erlangten Pflichtteilsansprüche abzüglich bereits erhaltener Vausempfänge. Weiter setzen die Klägerinnen den Betrag ab, den ihre Mutter als Pflichtteil von ihnen hätte fordern können, weil der infolge eines Scheidungsantrages enterbte Ehegatte gemäß § 1933 Satz 3 BGB Unterhaltsansprüche bis zur Höhe seines Pflichtteils hat.

Nach ihrer Behauptung ging es bei der Beratung vor allem darum, Erbansprüche der Mutter auszuschließen. Dem Beklagten zu 2) sei das Testament vom 15.1.1988 vorgelegt worden. Er sei auch darauf hingewiesen worden, daß der Erblasser sich einer gefährlichen Krebsoperation unterziehen müsse, die er möglicherweise nicht überlebe. Die Operation könne, falls nötig, um einige Tage verschoben werden. Der Beklagte zu 2) habe nach Überprüfung der Rechtslage jedoch erklärt, die Operation könne stattfinden, durch die Einreichung des Scheidungsantrages werde das Erbrecht der Mutter beseitigt. ....

### **Aus den Gründen:**

Die Revision der Beklagten hat keinen Erfolg. Sie sind wegen Schlechterfüllung des Anwaltsvertrages, in dessen Schutzbereich auch die Klägerinnen einbezogen waren, diesen zum Schadenersatz verpflichtet.

1. Zu dem vom Erblasser angestrebten Ausschluß seiner Ehefrau – der Mutter der Klägerinnen – von der Erbberechtigung ist es nicht gekommen. Das hat der Zweitbeklagte zu vertreten. Für ihn müssen die damals mit ihm in einer Anwaltssozietät verbundenen weiteren Beklagten einstehen (BGHZ 56, 355).

**a) Erhält ein Rechtsanwalt den Auftrag, ein von seinem Mandanten erstrebtes Ziel zu erreichen, muß er anhand des ihm unter-**

**breiteten und womöglich auf seine Frage hin ergänzten Sachverhalts prüfen, ob und gegebenenfalls auf welchem Wege das Ziel erreichbar ist.** Bedenken, zu denen die Rechtslage Anlaß gibt, sind zu erörtern; weitere Schritte sind von der aufgrund der Erörterung getroffenen Entscheidung des Mandanten abhängig zu machen (BGHZ 97, 372, 376). Der Anwalt hat demgemäß dann, wenn **mehrere Wege** in Betracht kommen, den sichersten zur Wahrung der Interessen seines Auftraggebers zu wählen (st. Respr. z. B. BGH, Urt. v. 28. 6. 1990 – IX ZR 209/89 – WM 1990, 1917 unter I. 2. = GI 90, 209 und v. 3. 12. 1992 – IX ZR 62/92 – NJW 1993, 1139 unter II. 2. a = GI 93, 79, jeweils m.w.N.). Allerdings folgt aus dieser umfassenden Verpflichtung nur, daß vom Anwalt ein im Rahmen eines geordneten Kanzleibetriebes regelmäßig zumutbares Verhalten erwartet wird. Dabei richten sich die konkreten Handlungs- und Unterlassungspflichten nach den Umständen des einzelnen Falles und dem erteilten Mandat (BGH, Urt. v. 17. 12. 1987 – IX ZR 41/86 – WM 1988, 382 unter 2. a. E. = GI 88, 164).

b) Nach dem Sachverhalt, der unstreitig dem Zweitbeklagten vorgetragen war, und nach den ihm vorgelegten Unterlagen kamen zwei Maßnahmen in Betracht, durch die das Erbrecht der Mutter der Klägerinnen ausgeschlossen werden konnte. Entweder wurde gegen sie ein Scheidungsverfahren eingeleitet, oder der Erblasser machte von der im Erbvertrag vorbehaltenen Rücktrittsmöglichkeit Gebrauch.

**Der Weg über das Scheidungsverfahren war mit einem Risiko belastet.** Erst die Zustellung des Scheidungsantrages an die Mutter der Klägerinnen hätte die Rechtsfolgen der §§ 1933, 2077, 2279 BGB auslösen und damit zu einem vollständigen Erbrechtsausschluß einschließlich des Wegfalls des Pflichtteilsrechtes führen können. Das war zwar seinerzeit noch nicht höchstrichterlich entschieden. Jedoch wurde im Zeitpunkt der vom Beklagten zu 2) erwarteten anwaltlichen Beratung Ende Januar 1988 die Zustellung des Scheidungsantrages in der Rechtsprechung und im Schrifttum ganz überwiegend für erforderlich gehalten (vgl. die Nachweise BGHZ 111, 329, 331 und 333). Auch der

Zweitbeklagte hätte dieses bei genauerer Prüfung erkannt. Das belegt sein Schreiben vom 2. 2. 1988 an die Klägerin zu 1). Den Zeitpunkt der Zustellung hatte aber der Anwalt nicht in der Hand, weil das zuständige Familiengericht sie veranlaßt. Also mußte er die Klägerin zu 1) darüber unterrichten, daß die angestrebte Wirkung erst mit der Zustellung des Scheidungsantrages gesichert war, daß diese aber vom Gericht zu verfügen war und aller Voraussicht nach mehrere Tage in Anspruch nehmen werde.

**Ein solches Zustellungsrisiko gab es auf dem anderen Weg nicht. Der Erblasser hätte die nach § 4 seines am 19. 3. 1964 mit der Mutter der Klägerinnen geschlossenen Erbvertrages mögliche Rücktrittserklärung vor einem Notar abgeben (§§ 2293, 2296, 2298 Abs. 2 BGB) und sie in Urschrift oder Ausfertigung (dazu zuletzt Senatsurteil v. 22. 1. 1981 – IVa ZR 97/80 – NJW 1981, 2299 = WM 1981, 313 = LMBGB § 1960 Nr. 4 unter III. 2. m.w.N.) der Mutter der Klägerinnen zustellen lassen können.** Schon das Landgericht hat tatrichterlich festgestellt (unter 4. a. E. der Entscheidungsgründe), daß die rasche Einschaltung eines Notars möglich gewesen wäre und dieser den Erblasser sogar am Krankenbett aufgesucht haben würde. War die Rücktrittserklärung des Erblassers notariell beurkundet, dann kam es für deren Wirksamkeit anders als beim Scheidungsantrag auf die Zustellung zu Lebzeiten des Erblassers nicht mehr an (§ 130 Abs. 2 BGB). Jedoch war auch diese Maßnahme mit einem Nachteil verbunden. Sie hätte parallel zur Regelung der §§ 2279 Abs. 2, 2077 BGB nur das Erbrecht der Mutter der Klägerinnen aus dem Erbvertrag vernichten können. Ein Pflichtteilsanspruch wäre ihr geblieben. Daß eine der Voraussetzungen einer Pflichtteilsentziehung gemäß § 2335 BGB vorgelegen hat, haben die Klägerinnen nicht vorgetragen.

c) **Demgemäß schloß der Zweitbeklagte nur dann pflichtgemäß jede vermeidbare Schädigung seines Mandanten aus, wenn er den Scheidungsantrag auf den Weg brachte, jedenfalls aber auch einen Notar einschaltete.** Nachdem der einfache und übersichtliche Erbvertrag mit der nicht zu übersehenden

Rücktrittsklausel vorgelegt war, lag die Notwendigkeit, einen Notar einzuschalten, für einen rechtlichen Berater auf der Hand. Indem der Zweitbeklagte diese Maßnahme nicht ergriffen hat, hat er den Anwaltsvertrag schlecht erfüllt. Bei genauerer Prüfung war nämlich weiter nicht zu übersehen, daß der Pflichtteilsentzug in §1933 Satz 3 BGB durch die Zubilligung eines Unterhaltsanspruches bis zu Höhe des Pflichtteils möglicherweise kompensiert werden konnte.

d) Gleichwohl ist ihm auch die verspätete Zustellung des Scheidungsantrages anzulasten.

Möglicherweise überspannt das Berufungsgericht zwar die an anwaltlichen Arbeiten zu stellenden Sorgfaltsanforderungen mit seiner Ansicht, der Zweitbeklagte hätte durch besondere Maßnahmen eine frühere Zustellung des Scheidungsantrages veranlassen müssen. Fraglich kann insoweit sein, ob die Umstände eine Pflicht zur weiteren Befragung der Klägerin zu 1) begründeten (vgl. BGH, Urt. v. 31. 1. 1960 – III ZR 42/59 – NJW 1960, 1101). Immerhin hat der Beklagte zu 2) auch ohne eine solche Befragung den Scheidungsantrag noch am Beratungstag abgesandt.

Das kann jedoch offenbleiben. Das Berufungsgericht hält dem Zweitbeklagten zu Recht vor, **er habe es versäumt, die Klägerin zu 1) als Vertreterin seines Mandanten über die Voraussetzungen zu belehren, unter denen ein Scheidungsantrag die Erbberechtigung des Ehepartners gemäß §1933 BGB beseitigt.** Erst durch die vollständige Belehrung über die gemäß §1933 Satz 1 BGB gebotenen Maßnahmen hätte er dem Erblasser ermöglicht, alle Umstände zu berücksichtigen. Dieser hätte dann erkannt, daß wegen des mit jeder Operation verbundenen Risikos die unstreitig mögliche Verschiebung dieses Eingriffs um einige Tage zu erwägen war.

2. Das Berufungsgericht hat zu Recht angenommen, daß die Klägerinnen in den Schutzbereich des Anwaltsvertrages zwischen dem Erblasser und den Beklagten einbezogen waren. **Ist den ausdrücklichen Erklärungen oder dem schlüssigen Verhalten der Vertragsparteien ein entsprechender Wille zu entnehmen, können grundsätzlich innerhalb jedes**

**Vertrages Schutzrechte Dritter entstehen, sofern die zu schützende Personengruppe objektiv abgrenzbar ist** (Senatsurteile v. 2. 11. 1983 – IVa ZR 20/82 – WM 1984, 34 und 23. 1. 1985 – IVa ZR 66/83 – WM 1985, 450). Das gilt auch für Anwaltsverträge (BGH, Urteile v. 10. 10. 1985 – IX ZR 153/84 – NJW 1986, 581 unter 2. a) = GI 44/85 und v. 1. 10. 1987 – IX ZR 117/86 – NJW 1988, 200 unter 2. c) = GI 88, 100).

Der Erblasser hatte der Klägerin zu 1) Vollmacht erteilt, in seinem Namen einen Anwalt zu konsultieren und ihn, falls zur Ausschließung der Mutter der Klägerinnen von der Erbfolge erforderlich, mit der Einleitung des Scheidungsverfahrens zu beauftragen. Hieraus sowie aus dem Umstand, daß nach dem Kenntnisstand des Zweitbeklagten nunmehr zugunsten der Kinder des Erblassers die gesetzliche Erbfolge eintreten sollte, hat das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei gefolgert, für die Beklagten sei der Wille des Erblassers ersichtlich gewesen, die Erbeinsetzung seiner Kinder anstelle von deren Mutter zu sichern. Dabei steht der Annahme, das Interesse der Töchter an der Erbenstellung sei in den Schutz des Vertrages einbezogen gewesen, die fehlende Kenntnis des Zweitbeklagten von der Anzahl der Töchter nicht entgegen (vgl. Senatsurteil v. 2. 11. 1983 a.a.O. unter I. 1. Abs. 2). . . . .

## GI Hinweise

1. Ein Satzungsmuster für eine Anwalts-GmbH wird von Limmer in Wirtschaftsrecht und Praxis – WPrax – 1994, Heft 24, Seite 4 ff. vorgestellt.
2. Klaus Korn befaßt sich mit der Gewerbesteuerpflicht bei Insolvenz- und Vermögensverwaltung durch freiberufliche Berater. Er gibt Hinweise zur Abwendung der Gewerbesteuerpflicht (Wirtschaftsrecht und Praxis – WPrax – 1995, Heft 1, S. 4 f.)

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1-3, 1995)

## Auskunft d. Gerichtes

- zum Fristenlauf 95, 42
- zur Zuständigkeit 95, 42

## Belehrungspflicht d. StB/WP

- Beweislast 95, 49
- Dokumentationspflicht? 95, 49
- über Fehler des Vorberaters 95, 53
- über steuerliche Risiken
- = vermeidbare Steuern 95, 30
- relativ sicherster Weg
- = Verfassungsmäßigkeit 95, 30

## Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerungsantrag
- = pauschale Begründung 95, 20

## Bestandskraft

- Wiederholung eines VA 95, 46

## Beweislast

- Fehlberatung 95, 49
- Kausalität
- = z. Pflichtverletzung u. Schaden 95, 21, 51

## Bilanz

- Dritthaftung 95, 51
- Testat
- = ohne - 95, 51

## Bilanzveröffentlichung

- Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts 95, 39

## Buchführungsauftrag

- Mandantenpflichten
- = fehlerhaftes Kassenbuch 95, 13

## Darlegungslast/Regreßanspruch

- Schaden
- = Umsatzsteueroption 95, 35

## Dokumentationspflicht?

- über Belehrung 95, 49

## Dritthaftung

- Bilanz
- = ohne Testat 95, 51

## Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch
- = dezentrale - 95, 43
- Fristenkontrollbuch
- = Telefax 95, 2
- = Vorfristnotierung 95, 25
- Fristüberwachung durch RA
- = Auskunft d. Geschäftsstelle 95, 42
- Fristversäumnis, unverschuldete -
- = Postbeförderung, neue Bundesländer 95, 42
- Information an Mandanten
- = Einspruchsentscheidung 95, 42
- = Rückfrage beim Mandanten? 95, 42
- Postannahme beim Mandanten
- = Verlust d. Niederlegungsscheins 95, 44
- Telefax
- = Empfang, Ausdruck 95, 2
- = Fristlöschung 95, 2

## GmbH

- Geschäftsführergehalt, Frist 1.1.1996 95, 39

## Grundurteil

- Schadenentstehung 95, 21

## Honoraranspruch d. StB

- Buchführung
- = Überprüfung und Korrektur 95, 35
- Einnahme-Überschußrechnung, § 25 StBGebV
- = Prüfung und Korrektur d. Buchführung, § 25 Abs. 2 95, 35
- Fotokopierkosten, § 17 StBGebV 95, 32
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
- = Bestimmungsrecht, Auslagenpauschale 95, 13
- = Bestimmungsrecht, Festlegung 95, 13
- = Buchführungshonorar 95, 32
- = Lohnbuchhaltung 95, 32
- Kassenbuch 95, 11
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV
- = Sozialversicherungsträger 95, 32
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV
- = unwirksame Vereinbarung 95, 11
- Unkostenpauschale, § 19 StBGebV
- = verschiedene Angelegenheiten 95, 12
- = jeder Buchungsmonat 95, 32
- Zeithonorar
- = Angaben, § 13 StBGebV 95, 12
- = Führung des Kassenbuchs 95, 11
- = Sonderarbeiten, § 33 Abs. 7 StBGebV 95, 11

## Kassenbuch

- Scheckverwendung 95, 13
- Vergütung, Zeitgebühr? 95, 11

## Kausalität

- Beweislast: siehe dort
- Fehler des zweiten RA/Mitverschulden 95, 3
- Unterbrechung der - 95, 3

## Kenntnis d. Steuerrechts

- Zeitschriften
- = BStBl = DStR = EFG 95, 15

## Konkursverwalter

- Unternehmensfortführung, Versicherungsschutz 95, 20
- Vorsteuerabzug
- = Eigentumsvorbehaltware 95, 39

## Mitarbeiter d. StB, WP, RA

- Scheckweiterleitung durch - 95, 17

## Mitverschulden

- fehlerhaftes Kassenbuch 95, 13
- Zeitablauf 95, 30
- Zurechnung d. Verschuldens d. zweiten RA 95, 3

## Nachbesserung

- Recht d. StB 95, 17
- nach Wechsel d. StB 95, 17

## Nichtzulassungsbeschwerde

- durch Steuerberatungs-GmbH 95, 2

## Notar

- Belehrungspflichten
- = Erschließungskosten 95, 55

## Praxiswert

- Nutzungsdauer 95, 2
- Übertragung des - 95, 2

## Prozeßkostenhilfe

- Unterschrift 95, 2

## Rechtsanwalt

- Beratungspflichten
- = Beseitigung d. Erbrechts, § 1933 BGB 95, 58
- = Erbvertrag, Rücktritt vom - 95, 58
- = Verjährungsprüfung 95, 16
- Urkundenprozeß
- = Beschleunigungsinteresse 95, 21

## Schaden

- Kalkulationsschaden, USt 95, 37
- Zinsschaden/abstrakte Berechnung 95, 30

|  |           |   |        |
|--|-----------|---|--------|
| <b>Steuerberatungsvertrag</b>                      |           |   |        |
| - Nachbesserungsrecht                              | 95, 17    | BGH v. 28.4.1994 - IX ZR 161/93                 | 95, 55 |
| - Pflicht z. Steuerzahlung?                        | 95, 26    | = NJW 94, 2283 = WM 94, 1673                    |        |
|  |           | = VersR 94, 1310 = BB 94, 1958                  |        |
| <b>Steuergesetze</b>                               |           |   |        |
| - Verfassungswidrigkeit                            | 95, 30    | BGH v. 29.4.1994 - VZR 62/93                    | 95, 2  |
|  |           | = NJW 1994, 1879 = VersR 94, 1494               |        |
| <b>Steuerschuld</b>                                |           |   |        |
| - Zahlung d. -                                     |           | BGH v. 4.5.1994 - XII ZB 21/94                  | 95, 2  |
| = Verantwortungsbereich d. StB?                    | 95, 26    | = NJW 1994, 2097                                |        |
| <b>Steuerzahlung</b>                               |           |   |        |
| - durch Steuerberater?                             | 95, 17    | BGH v. 26.5.1994 - III ZB 11/94                 | 95, 42 |
|  |           | BGH v. 9.6.1994 - IV ZR 125/93                  | 95, 21 |
|  |           | BGH v. 15.6.1994 - IV ZB 6/94                   | 95, 44 |
| <b>Telefax</b>                                     |           |   |        |
| - Ausdruck im Empfangsgerät                        | 95, 2     | BGH v. 16.6.1994 - V ZB 12/94                   | 95, 42 |
| - Fristlöschung                                    | 95, 2     | BGH v. 6.7.1994 - VIII ZB 26/94                 | 95, 25 |
| <b>Treuhänder</b>                                  |           |   |        |
| - Verjährung von Regreßansprüchen                  | 95, 10    | BGH v. 13.7.1994 - IV ZR 294/93                 | 95, 58 |
|  |           | = NJW 1995, 51                                  |        |
| <b>Umsatzsteuer</b>                                |           |   |        |
| - Optionsschaden                                   | 95, 35    | BGH v. 14.7.1994 - IX ZR 204/93                 | 95, 3  |
|  |           | = NJW 1994, 2882 = WM 1994, 2162                |        |
|  |           | = BB 1994, 1961 = DStR 1994, 1748               |        |
| <b>Unterschrift</b>                                |           |   |        |
| - PKH-Antrag                                       | 95, 2     | BGH v. 27.9.1994 - XI ZB 9/94                   | 95, 43 |
| <b>Urkundenprozeß</b>                              |           |   |        |
| - Aktenbeziehung                                   | 95, 21    | OLG Düsseldorf v. 2.12.1993 - 13 U 25/93        | 95, 13 |
| - Beschleunigungsinteresse                         | 95, 21    | OLG Düsseldorf v. 20.1.1994 - 13 U 102/93       | 95, 11 |
|  |           | OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 - 13 U 207/93       | 95, 32 |
| <b>Verdeckte Gewinnausschüttung</b>                |           |   |        |
| - Fehlbuchungen, Scheckverwendung                  | 95, 13    | OLG Frankfurt v. 6.10.1993 - 17 U 222/92        | 95, 20 |
| - Selbstkontrahierungsverbot                       | 95, 39    | = VersR 1994, 1175                              |        |
| <b>Verfassungsmäßigkeit</b>                        |           |   |        |
| - d. Steuergesetze                                 | 95, 30    | OLG Frankfurt v. 13.10.1993 - 21 U 145/92       | 95, 17 |
|  |           | OLG Frankfurt v. 19.5.1994 - 26 U 134/93        | 95, 27 |
| <b>Verjährung (§ 51 BRAO)</b>                      |           |   |        |
| - Sekundäranspruch                                 |           | OLG Hamm v. 27.5.1994 - 25 U 171/93             | 95, 51 |
| = neuer RA   | 95, 29    | OLG Hamm v. 1.6.1994 - 25 U 196/93              | 95, 53 |
| - Verjährungsbeginn                                |           | OLG Hamm v. 22.6.1994 - 25 U 125/93             | 95, 35 |
| = Fristablauf                                      | 95, 3, 27 | OLG Hamm v. 29.6.1994 - 25 U 61/93              | 95, 30 |
| = Kosten d. Vorprozesses                           | 95, 28    | OLG Köln v. 1.12.1993 - 11 U 78/93              | 95, 17 |
| = Wiedereinsetzung                                 | 95, 28    | OLG Köln v. 29.4.1994 - 19 U 201/93             | 95, 16 |
| <b>Verjährung (§ 68 StBerG, § 51a WPO)</b>         |           |   |        |
| - Bautreuhänder                                    | 95, 10    | OLG Köln v. 1.6.1994 - 11 U 244/93              | 95, 49 |
| - Verjährungsbeginn                                |           | = StB 94, 425                                   |        |
| = Fristablauf                                      | 95, 3     | OLG Oldenburg v. 17.12.1993 - 6 U 165/93 - rkr. | 95, 26 |
| <b>Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts</b> |           |   |        |
| - Bilanzveröffentlichung                           | 95, 39    |   |        |
| <b>Versicherungsschutz</b>                         |           |   |        |
| - Konkursverwalter                                 | 95, 20    | LG Hamburg v. 26.5.1993 - 326 O 559/92          | 95, 15 |
|  |           | LG Weiden v. 7.7.1994 - 1 O 340/94 - n.rkr.     | 95, 37 |
| <b>Verwaltungsakt</b>                              |           |   |        |
| - Wiederholung eines -                             | 95, 46    |   |        |
| <b>Weisung d. Mandanten</b>                        |           |   |        |
| - Bindung?   | 95, 49    | FG Berlin v. 7.6.1993 - VIII 344/91             | 95, 42 |
|  |           | FG Hamburg v. 7.10.1993 - II 13/93              | 95, 46 |
| <b>Wiedereinsetzung</b>                            |           |   |        |
| - Glaubhaftmachung                                 | 95, 20    | BFH v. 22.6.1992 - IV R 125/91                  | 95, 20 |
|  |           | = BFH/NV 94, 553                                |        |
| <b>Wintergeld</b>                                  |           |   |        |
| - Ausschußfrist                                    | 95, 42    | BFH v. 11.2.1994 - VIII B 83/93                 | 95, 2  |
|  |           | = LEXinform-Dokumentnr. 0119218                 |        |
| <b>Zinsschaden</b>                                 |           |   |        |
| - abstrakte Berechnung                             | 95, 30    | BFH v. 15.3.1994 - XI R 89/92                   | 95, 39 |
|  |           | = BFH/NV 95, 74                                 |        |
| <b>Zustellung</b>                                  |           |   |        |
| - Empfangsvollmacht                                |           | BFH v. 30.3.1994 - I R 52/93                    | 95, 2  |
| = Beendigung der -                                 | 95, 42    | = LEXinform-Dokumentnr. 0109695                 |        |
| - durch Mitteilung über Niederlegung               |           |   |        |
| = Verlust der -                                    | 95, 45    |   |        |
|  |           | Hess. FG v. 16.3.1994 - 4 V 277/94 - rkr.       | 95, 39 |
|  |           | = EFG 1994, 681                                 |        |
|  | 95, 39    |   |        |
| BGH v. 8.2.1994 - VI ZR 286/93                     |           |   |        |
| = wistra 1994, 301                                 |           |   |        |
| BGH v. 2.3.1994 - VIII ZR 14/93                    | 95, 9     | LAG Düsseldorf v. 23.12.1993                    |        |
| = NJW 1994, 1864 = WM 1994, 1076                   |           | - 12 (11) SA 1657/93                            | 95, 20 |
| = VersR 1994, 949                                  |           | = VersR 1994, 1208                              |        |
| BGH v. 24.3.1994 - I ZB 1/94                       | 95, 20    | Landessozialgericht v. 27.7.1994                | 95, 42 |
| = NJW 1994, 1878                                   |           | - L1 (3) Ar 2593                                |        |